

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27. I. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz. **Redaktionsschluss: Sonnabend.**

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mittelungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperrungen und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**. Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wilh. Brull**.

Alle den **Senefelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen** an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten: **Berlin N. 28, Anklamerstr. 27 I.**

Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Versammlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 8.**

Alle **Annoncen**, Änderungen und Reklamationen über die Zustellung der

Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr.**

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Präskommission, z. H. Artur Haring, L.-Anger, Roßbachstr. 3 III Der Hauptvorstand.**

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für **Lithographen und Steindrucker: Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnachweis bei **S. Herrmann.** Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Eltville. Firma Fischer & Co.

Für Chemigraphen:

Berlin. Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Grützmacher; Paul Schabl, Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.

Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter. **Dresden.** Mittelbach; C. Schemmel. **Dresden u. Leipzig.** Mejo & Markert. **Stuttgart.** Gebr. Rößle. **Wernigerode i. H.**

Im Ausland:

Belgien: Brüssel. I. L. Goffarth (Lith. u. Steindr.). — Etablissements Genéraux d'Imprimerie. **Verviers** (Lith. u. Steindr.).

England: London. Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham, Court Road, London (für Notendrucker).

Frankreich: Lyon (Kupferdr.).

Holland: Krommenie. Verwer's Vermissen Metaaldrukkery (Lithogr. und Steindr.).

Rotterdam. Firma Modern (Chemig.).

Haarlem. Firma Polygraph (Chemigr.).

Italien: Mailand.

Oesterreich: Graz, Triest.

Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg (wegen Tarlibewegung).

Schweden: Tidaholm. Streichholzfabrik, A.-G. Vulkan.

Stockholm: Tapendruckerei A.-G. C. A. Käbergs.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der gelbe Sumpf. Rundschau. Vom Wirtschaftsmarkt. Die Trade Alliance, III. Briefkasten. — **Allgemeines:** Das Ergebnis unseres Buchzeichen-Wettbewerbs. Nach Schweden! Entscheidung in der Angelegenheit Zimmermann-Dresden. Brief aus Kattowitz, O.-S. Ortsberichte: Düsseldorf, Oriesheim, Lüstringen-Osnabrück. — **Der Lithograph:** Zu dem Artikel: Es regt sich! Zur Beachtung für die Kartographen. — **Die photomech. Fächer:** Die Gefahren der Bleivergiftung in der Positivretusche. — **Photograph. Mitarbeiter:** Ueber Engagements nach dem Balkan. — **Feuilleton:** Die Bildungsmöglichkeiten im Gegenwartstaate, III. Die Anatomie der Landschaft. — **Anzeigen.**

Der gelbe Sumpf.

Der Hauptvorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes übergab dieser Tage eine hochinteressante, ungemein lehrreiche und aufklärende Broschüre der Öffentlichkeit. Das Schriftchen heißt »Der gelbe Sumpf« und enthält auf seinen 32 Oktavseiten neben einem kurzen Vor- und Schlußwort und einigen erläuternden Anmerkungen nichts weiter als annähernd 100 in der Zeit von Herbst 1907 bis Sommer 1908 geschriebene Briefe des Herrn Rudolf Lebius, in deren Besitz der Metallarbeiterverband durch eine Reihe glücklicher Umstände gelangt ist.

Wer ist Rudolf Lebius? Ein Mann, der seinen Mantel nach dem Winde hängt, der heute diese, morgen jene »Ueberzeugung« hat, je nachdem sein Geldbeutel dabei profitiert. Er drängte sich früher in die sozialdemokratische Bewegung und aus innerster Ueberzeugung schrieb er fleißig für die Parteipresse und hielt er zahlreiche Vorträge in Wahlvereinen und freien Gewerkschaften. Als ihm diese Tätigkeit nicht mehr ergiebig genug war, schwenkte er über zu den Nationalsozialen, gab ein von tiefster Ueberzeugung für diese Partei durchglühtes Skandalblättchen, die »Sachsenstimme«, heraus und versuchte seine geschätzte Kraft in der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsbewegung nutzbringend zu verwerten — für sein Privatet. Und als das Blatt verkrachte, da wandte er sich — wieder aus innerster Ueberzeugung — den »Gelben« zu, deren Häuptling er heute ist. Bis jetzt fährt er bei dieser Wirksamkeit noch

sehr gut. Die Einnahmequellen, die sich ihm dadurch erschlossen haben, gestatten seiner Frau die Mietung einer vornehmen Belle-Etage in der teuersten Gegend Charlottenburgs, die dieser »Arbeiterführer« natürlich mit bewohnen darf. Und von diesem Herrn Rudolf Lebius stammt die Briefsammlung, die, wie schon im Titel der Broschüre gesagt wird, tatsächlich einen interessanten »Blick hinter die Kulissen der gelben Arbeiter-Vereine« ermöglicht.

Die Person Lebius ist uns eigentlich vollständig gleichgültig. Sie interessiert uns höchstens insofern, als man von den moralischen Qualifikationen und der Ueberzeugungstreue dieses Herrn Schlüsse ziehen kann auf die »Gelben«, die sich seiner Führung anvertraut haben. Und in dieser Richtung redet das Bündel Briefe eine deutliche Sprache.

Es zeigt zunächst, daß Herr Lebius das Geschäft über alles geht. Wenn er gelbe Vereine gründet oder deren Gründung anregt, so tut er es nur von dem Gesichtspunkt aus, was er dadurch für sich herauschlagen kann. Er spekuliert auf die Erkenntlichkeit der Unternehmer, in deren Interesse die Gründung, durch die die Arbeiter zu willenlosen Heloten gemacht wurden, erfolgte. Er spekuliert ferner auf die Abonnementbeträge für die von ihm herausgegebene gelbe Zeitung »Bund«, die sich der neugegründete Verein natürlich als Organ erkühen muß. Herr Lebius bewährt sich bei diesen Spekulationen als ein geschickter Geschäftsmann, was die Tatsache beweist, daß beispielsweise die Firma Siemens & Halske Herrn Lebius 8400 Mk. zukommen ließ, daß ferner die Hamburg-Amerika-Linie gleich eine ganze Seite des gelben Papiers kauft und durch einer ihrer Angestellten füllen läßt, und daß viele Unternehmer den »Bund« auf ihre Kosten für die Arbeiter ihrer Betriebe abonnieren, was sich natürlich für diese Unternehmer glänzend rentiert. Und die verblödeten Arbeiter, die sich der Führung dieses Herrn unterstellen, tragen die Folgen dieser Korruption und geistigen Brunnenvergiftung. Sie können durch das Unternehmertum geschoren werden wie gelduldige Schafe.

Herr Lebius hat vor einiger Zeit eine Schrift über »Die gelbe Arbeiterbewegung« erscheinen lassen, in der er rührend schildert, wie der Berliner Verein der Siemenswerke durch einen einfachen Dreher gegründet wurde, der in heller Entrüstung über den Terror der Verbändler mit zwei seiner Kollegen ein von 125 Arbeitern unterschriebenes Gesuch an die Direktion richtete, ihn bei seinem Plan, eine Kasse für Unorganisierte ins Leben zu rufen, zu unterstützen. Diese rührende Gründungsgeschichte lügt der Herr der Öffentlichkeit vor. In einem vertraulichen Briefe an die Direktion der Aachener Stahlwarenfabrik sagt er aber über die Gründung wahrheitsgemäß: »Bei den Siemenswerken gab ein Meister einem ihm als zuverlässig bekannten Arbeiter die Anregung«. Daß die übrigen Gründungsgeschichten in derselben Weise zustande gekommen sind, zeigt sich z. B. aus folgender Gegenüberstellung: An seinen gelben Gesinnungsfreund Hoffmeister in Magdeburg-Buckau (R. Wolfsche Werke) schreibt Herr Lebius:

»Mit meinem Buch über die gelbe Arbeiterbewegung bin ich beinahe fertig, doch fehlt mir über Magdeburg ein kleiner Artikel. Ich habe über alle Städte etwas gebracht und muß doch deswegen auch von Magdeburg etwas mitteilen, auch seien Sie doch so freundlich, mir über die Gründungsgeschichte Ihrer Vereine ein paar Zeilen zu schreiben. *Wahrscheinlich sind die Vereine doch gegründet worden, weil der Terrorismus der Roten zu unerträglich wurde.*«

In dem vorhin erwähnten Schreiben an die Aachener Stahlwarenfabrik schildert Lebius die Gründung des Vereins in den R. Wolfschen Werken in Magdeburg aber wie folgt:

»Bei den R. Wolfschen Werken, Magdeburg-Buckau, ging die Anregung von dem Leiter des Lohnbureau aus. Dieser Herr besprach die gelbe Vereinsgründung mit einem sehr talentvollen Arbeiter (Buchbinder), der den Verein bereits auf 750 Mitglieder gehoben hat. Die Arbeiter müssen natürlich den Entschluß zur Gründung eines solchen Vereins selbst fassen, die Anregung dazu kann aber ganz gut von einem unteren Beamten ausgehen.«

Natürlich ist dieser untere Beamte auch nur ein vorgeschobener Strohhalm. Es sind grelle Schlaglichter, die diese und andere Briefe auf

die Entstehungsgeschichte der gelben Vereine werfen. Die von Lebius immer wieder aufgestellte Behauptung, die gelbe Arbeiterbewegung sei das Werk der Arbeiter selbst, wird durch die Sammlung seiner eigenen Briefe Lügen gestraft. Die Anregung zu gelben Gründungen gibt Lebius den Unternehmern. Diese übermitteln ihm dann entweder die Adresse eines zum Verräter an seinen Mitarbeitern qualifizierten Subjekts, das Lebius brieflich und durch Zusendung von Material zur Gründung eines gelben Vereins zu veranlassen sucht, oder sie versuchen diese Veranlassung selbst, wobei sie sich einer ihrer unteren Vertrauenspersonen (Werkführer usw.) als Mittelsmann bedienen. Und dann wäscht eine Hand die andere, wobei weder Lebius noch die Unternehmer schlecht abschneiden. Wie die Arbeiter dabei fahren, ist einem so gleichgültig wie dem anderen. Beide Teile sind sich einig in dem Bestreben, soviel als möglich aus ihnen herauszuschlagen.

Das geschieht hauptsächlich durch die Erziehung der Arbeiter zu Heloten. Der »Bund« trägt redlich dazu bei. Aber auch die Versammlungen dienen selbstverständlich diesem Zweck. Bevor jemand als Redner auftritt, wird die Genehmigung des betreffenden Unternehmers eingeholt. Ist diesem die Person des Referenten nicht genehm, muß er in der Versenkung verschwinden. Ebenso ist es mit den Vorstandsmitgliedern. Beispielsweise schreibt Lebius an die Firma Schreiber & Beuster in Charlottenburg:

»Falls Sie mit Beiersdorf nicht zufrieden sein sollten oder sonst Anlaß zur Beschwerde haben, bitte ich Sie ergebenst, mich zu benachrichtigen. Ich werde umgehend für Abhilfe sorgen.«

Am besten wird der Einfluß der Unternehmer auf ihre gelben Schäflein durch folgenden Satz illustriert, der in einem Lebiusbriefe an den Arbeitgeberschutzverband deutscher Glasfabriken in Dresden enthalten ist:

»Dadurch, daß Sie dem Verein eine laufende Beihilfe geben, die gar nicht groß zu sein braucht, gewinnen Sie ein dauerndes Aufsichtsrecht über den Verein.«

So werden die Arbeiter an die Unternehmer verschachtet wie eine Ware. Und in der Öffentlichkeit spielt sich derselbe Lebius als Hüter der Koalitionsfreiheit gegenüber dem »Terrorismus« sozialdemokratischer Gewerkschaftler auf.

Wir begnügen uns damit, die Beziehungen des Lebius zu den Unternehmern und die Rolle, in die die Arbeiterschaft durch die gelben Vereine gezwungen werden soll, durch die vorstehenden wenigen Proben aus den Briefen zu beleuchten. Wer sich eingehender darüber informieren will, und wer alle Giftpflanzen kennen lernen will, die aus dem gelben Sumpfe aufsteigen, möge sich die Broschüre zum Preise von 10 Pfennigen selbst zulegen. Sie müßte vor allen Dingen auch den Mitgliedern der »Unterstützungsvereinigung« unter die Augen gehalten werden. Wer nach ihrem Studium nicht weit abrückt von allem, was gelb schimmert, dem ist nicht mehr zu helfen. Er fühlt sich wohl in dem gelben Sumpfe und muß seinem Schicksal, darin zu erstickern, überlassen bleiben. Denn eine Zukunft kann eine Bewegung, deren ganze Korruption die Lebiusbriefe drastisch darlegen, nicht haben. Sie muß von innen heraus verfaulen.

Rundschau.

Das Schutzverbandsorgan sieht wieder einmal das ganze Steindruckgewerbe am Rand des Orabes. Nicht wegen der das Gewerbe tatsächlich aufs schwerste bedrohenden Steuervorlagen — gegen die vernichtende Tabaksteuer fand es noch immer kein einziges Wörtchen des Protestes —, wohl aber wegen des noch kurz vor Jahreschluß verabschiedeten Teils der Gewerbeordnungs-Novelle, der den Arbeiterinnenschutz betrifft (s. »Politische Monatschau« in No. 1 der »Gr. Pr.«). Die ganze Schale seines Zornes schüttet das Blatt über den bösen Reichstag aus, der die Ausbeutungsmöglichkeiten der Unternehmer gegenüber den Arbeiterinnen um eine Kleinigkeit einschränkte, und vom Bundesrat verlangt das Organ des »liberalen Volksvertreters« Dr. Gerschel, daß auf die Parlamentsbeschlüsse einfach geipfen

und die Volksvertretung durch Nichtbestätigung des Gesetzes brüsk beiseite gesetzt werden solle. Man behauptet dreist und gottesfürchtig, »daß eine derartige Regelung der Arbeitszeit nicht im Sinne der weiblichen Arbeiter liegt, wobei man sich nicht scheut, als »Beweis« den terroristischen Akt der Dresdener Zigarrenfabrikanten anzuführen, die bekanntlich durch die Vorspiegelung der falschen Tatsache, es handle sich um einen Protest gegen die Tabaksteuer, und durch allerlei Einschüchterungsmanöver 3000 Zigarrenarbeiterinnen zur Unterzeichnung einer Protestresolution gegen die Erweiterung des Arbeiterinnenschutzes, also gegen die eigenen Interessen, zwangen. Der Berner Konvention, der durch das Gesetz Rechnung getragen wurde, soll nach dem »Deutschen Steindruckgewerbe« durch die Gewerbeordnungs-Novelle von 1891 Genüge geschehen sein. Wie ein Klageweib jammert es: »Die gegenwärtig vom Reichstag vorgenommene Regelung setzt die Maximalarbeitszeit auf 10 Stunden fest. Wenn sich also andere Industrieländer lediglich an die Beschlüsse der Berner Konvention halten, so können sie immer noch eine 13stündige Arbeitszeit beibehalten.« Die böse deutsche Volksvertretung! Wie konnte sie nur den Steindruckunternehmern Deutschlands eine gleichlange Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte durch das neue Gesetz unmöglich machen!

Der Tabakarbeiterkongreß tritt am 18. Jan. im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen. Wir wünschen ihm für seine Arbeiten besten Erfolg. Möchte es ihm gelingen, durch die Wucht des Protestes der geplanten Erdrosselungssteuer den Garau zu machen. Was den Tabakarbeitern und mit ihnen dem großen Teil unserer Kollegen, der mit der Herstellung von Tabakpackungen beschäftigt ist, durch die weitere Besteuerung droht, zeigt wieder deutlich folgendes Vorkommnis: In der Haynauer Filiale der Greifenberger Zigarrenfabrik von Kalmus & Co. wurden alle Zigarrenmacher entlassen und der Betrieb eingestellt. Den Arbeitern wurde dabei gesagt, ob und wann eine Wiedereröffnung des Betriebes stattfinde, könne man nicht sagen, das hänge davon ab, wie sich die politische Situation in bezug auf die Tabaksteuer gestalten würde. Die weitere Schröpfung des Tabaks wirft also schon ihre Schatten voraus. Die Ertragnisse der Tabakbesteuerung sind schon jetzt so enorm, daß es geradezu frivol ist, dieses Produkt noch mehr zu belasten. Nach einer Aufstellung der »Süddeutschen Tabakzeitung« brachte der Tabak dem Reichsäckel in den letzten 10 Jahren die Kleinigkeit von 702811550 Mark ein! Die Einnahmen aus seiner Besteuerung stiegen von 65759696 Mk. im Jahre 1898/99 auf 79491652 Mk. im Ja. re 1907/08, wobei aber das Jahr 1905/06 wegen der damaligen Vorverzoollungen mit einem Ertrag von 82157445 Mk. über das gewöhnliche Niveau hervorsticht. Die Einnahmen aus der Zigarettensteuer sind dabei nicht mitgerechnet. Sie haben im Rechnungsjahre 1907/08 15212605 Mk. betragen. Außerdem traten noch hinzu die Zolleinnahmen von eingeführten Tabakfabrikaten, so daß sich für 1907/08 ein Gesamtertrag von rund 100 Millionen Mark ergibt. Und damit ist man noch nicht zufrieden! Man will noch weitere 77 Millionen Mark aus dem Tabak herauspressen, seine Steuerertragnisse also fast verdoppeln! Der Kongreß muß dem Reichstag das Gewissen schärfen, damit eine derartige Vernichtungs- und Zolleinnahmepolitik gegenüber blühenden Industriezweigen unmöglich gemacht wird. Möchte dem Kongreß dieses schwere Werk gelingen!

Der mächtige englische Tapetentrust hat auch der schlechten Wirtschaftslage Tribut zahlen müssen. Das völlige Niedrerdiegen der Bauwirtschaft hat den Absatz stark geschwächt. Der Reingewinn beträgt nach der Finanz-Chronik, London, für das Jahr 1908 nur 190000 Pfd. Sterling, gegen 242000 Pfd. Sterling im Vorjahre. Die Dividende, die in den letzten neun Jahren sich immer auf 9 Prozent gehalten hat, mußte auf 4 Prozent heruntergesetzt werden. Der diesjährige Gewinnvortrag auf neue Rechnung beträgt nur 100016 Pfd. Sterling gegen 180000 Pfd. Sterling im vergangenen Jahre. Wie wird da erst der deutsche »Trust«, die »Tiags«, die schlechte Zeit überstehen?

Eine Zentralwerk-Kommission wurde durch eine Anhang Januar in Hamburg abgehalten und von 153 Delegierten aller an den Werfbetrieben interessierten Zentralverbände beschickte Konferenz begründet. Sie besteht aus zwei Vertretern des Metallarbeiterverbandes und je einem Vertreter der Organisationen der Holzarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Schiffszimmerer, Heizer und Maschinisten, Maler und Fabrikarbeiter. Durch die Kommission soll volle Einheitslichkeit bei der Führung von Kämpfen und der Regelung von Konflikten, die auf Werften auszubrechen und mehrere Organisationen in Mitleidenschaft zu ziehen drohen, erzielt werden. An den einzelnen Werftorten sollen nach dem Muster der Zentralkommission Ortskommissionen gebildet werden, die mit ersterer in enger Verbindung stehen. Die Einheitslichkeit der Aktion gegenüber dem Unternehmertum wird zweifellos durch diese Einrichtung bedeutend gefördert werden.

Zur Wahrung des Koalitionsrechts faßte der Stadtrat in Karlsruhe in bezug auf die Vergütung städtischer Arbeiten folgenden begrüßenswerten Beschluß: »Firmen, die in bezug auf die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und die Behandlung ihre

Arbeiter und Angestellten unbillig behandeln, sind von der Lieferung auszuschließen. Insbesondere können Firmen, die der Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten und Arbeiter Schwierigkeiten bereiten, ausgeschlossen werden.«

Ueber die kommende Reichstagstagung berichten die Tageszeitungen: Von seinem Wiederaustritt am Dienstag, den 12. Januar, bis zur Ostervertagung, die voraussichtlich am 31. März erfolgen dürfte, werden dem Reichstage rund 12 Sitzungswochen zur Verfügung stehen. In dieser Zeit will der Präsident, nach Zustimmung des Seniorenkonvents, viermal eine Pause von mehreren Tagen eintreten, mindestens die Sonnabend- und Montagsitzungen nach etwa je zwei Wochen ausfallen lassen. Es kann somit im ganzen mit etwa 56 Plenarsitzungen und deshalb auch mit der glatten Erledigung des Reichshaushaltes bis zum Beginn des neuen fiskalischen Jahres gerechnet werden. Für die Osterferien sind nur knappe drei Wochen in Aussicht genommen. Schon am 20. April wird sich das Haus wieder versammeln, um — bei der Reichhaltigkeit des sicher dann noch unerledigten Materials (Reichsfinanzreform, Besoldungsvorlage, Große Gewerbenovelle) — wohl bestimmt bis kurz vor Pfingsten, das auf den 30. Mai fällt, zusammenzubleiben.

Vom Schlachtfeld der Arbeit berichten die dem Reichstage zugegangenen Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften vom Jahre 1907. Darnach erreichte die Zahl der Opfer der Arbeit die grauenvolle Höhe von 9815 und 134888 Schwerverwundeten! Die Gesamtzahl der im Jahre 1907 in den der Unfallgesetzgebung unterliegenden Betrieben zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 662901! Die Zahlen sind gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Im Jahre 1906 waren insgesamt 645583 Unfälle zur Anmeldung gelangt, darunter 9141 Getötete und 130585 Schwerverwundete. Das Jahr 1907 weist also ein Mehr an Unfällen von 17318, an Getöteten von 674, an schwer Verwundeten von 4303 auf. Eine Unsumme von Elend verraten diese Zahlen! Trotzdem schreit das Unternehmertum bei jeder kleineren Erweiterung des Arbeiterschutzes Zeter und Mordio, wie die an der anderer Stelle behandelte Auslassung des »Deutschen Steindruckgewerbes« beweist.

Ein Geistlicher über die Gewerkschaften. Angesichts der wüsten Hetzerei gegen die Gewerkschaftsbewegung, wie sie gegenwärtig wieder in den herrschenden Klassen geübt wird, ist das Urteil des evangelischen Geistlichen G. Traube in Dortmund beachtenswert, das er in seinem Buche »Ethik und Kapitalismus« (Verlag E. Salzer Heilbronn, Niederjolegt hat. Jeder, sagt der Verfasser, müßte an den Kraftleistungen der deutschen Gewerkschaften seine helle Freude haben. Welche Summe von Fleiß und Geduld, von väher, unablässiger Kleinarbeit! Es sei traurig, wie viele sich den Gesichtskreis der Kultur verengen, die da aus den Tiefen aufsteigt. Sodann kommt er auf die speziellen Aufgaben der Gewerkschaften: Sie unterstützen kranke Mitglieder. Sie springen ihren Invaliden bei und sorgen, daß die Gemäbeln nicht in der Not der Arbeitslosigkeit verderben. Sie werfen Tausende aus für Unterstützung bei Umzügen und Reisen. Sie gewähren Rechtsschutz und Rechtsbelehrung und bieten Stellenvermittlung an. Für die weiblichen Gewerkschaftler ist vielfach Wöchnerinnenschutz und Mutterschaftsversicherung eingeführt. Vor allem haben sie Arbeitslosenunterstützung eingeführt. »Wenn sie nichts weiter getan hätten als dies, so müßte der Sozialethiker ihnen Dank wissen. Denn damit haben sie sich an das schwierigste Problem herangewagt, vor dessen Kompliziertheit dem Saat noch graut. Die Erhaltung der Arbeitslosen bedeutet eine Kultur-tat.« Der Autor findet es unbegreiflich, warum die Gewerkschaften den Haß wegbereitende auf sich gezogen haben. Es kann sich das nur daraus erklären, daß deren Arbeit für viele Theologen, Juristen, Philologen unbekanntes Land ist. »Man hat von Gewerkschaftsverhandlungen das Bild einer rohen Versammlung von »Ballonmützen« in schlechter Kleidung und öden Lokalen mit viel Rederei und wenig Erfahrung.« Zum mindesten halte man sie für langweilig. »Wir raten: gerade so wie man die Kusszettel liest oder den Bewegungen auf dem Kohlen und Eisenmarkt Interesse entgegenbringt, sich auch in die Verhandlungen der Metallarbeiter, Buchdrucker, Maurer, Lithographen usw. einzuarbeiten: man wird eine Fülle kultur-ethischer Materials finden.« — Diese objektiven Aenderungen eines vorurtteilsfreien Mannes mag sich auch mancher Minister hinter die Ohren schreiben, der die ungebührlichen indirekten Steuervorlagen damit zu begründen versucht, daß er dem Reichstage die »hohen Gewerkschaftsbeiträge« vorrechnet, wobei wohlweislich verschwiegen wird, für welche kulturellen Aufgaben sie aufgebracht werden.

Generalstreik in Budapest. Die Landesverbände der Tischler und Metallarbeiter in Ungarn mit einer Mitgliederzahl von über 150000 wurden polizeilich aufgelöst. »Statutwidrige Umtriebe« angeblich der Demonstrationen am 8. Oktober in Budapest sollen die Ursache behördlicher Maßnahme sein. Darauf antworteten sämtliche Gewerkschaften in Budapest mit einem 24 stündigen Generalstreik, an welchem auch die Buchdrucker sich beteiligten, sodaß sämtliche Abendzeitungen am 31. Dezember sowie die Neujahrzeitungen nicht erscheinen konnten. Neuere Meldungen besagen,

daß die Regierung die Maßregeln gegen die Gewerkschaften inzwischen wesentlich eingeschränkt habe.

„Arbeiter-Jugend“. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands und die Redaktion der „Arbeiter-Jugend“ geben unterm 8. Januar folgendes bekannt: Die erste Nummer des von der Zentralstelle ins Leben gerufenen Jugendorgans, der „Arbeiter-Jugend“, wird unter der Redaktion des Genossen K. Korn am 30. Januar d. J. erscheinen. Die „Arbeiter-Jugend“ wird von da ab aller 14 Tage, jeweilig 12 Seiten stark, im unregelmäßigen Format der „Gleichheit“, ausgegeben werden. — Die bisherigen Organe des jugendlichen Proletariats, die „Arbeitende Jugend“ (Berlin) und die „Junge Garde“ (Mannheim), die beide auf dem Felde der Jugend-Bewegung und -Bildung treffliche Pionierdienste geleistet haben, stellen nunmehr zugunsten des neuen Blattes ihr Erscheinen ein. Die „Arbeiter-Jugend“ ist in erster Linie als Bildungsorgan für die jugendlichen Arbeiter gedacht. Das Blatt soll vornehmlich die Wissenschaften pflegen, die die Erziehungspolitik des Klassenstaates der Jugend des Proletariats vorenthält, die aber gerade der erwachsenen Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die schärfsten Waffen liefert, also Naturerkenntnis im weitesten Sinne, Geschichte, besonders Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaftslehre und Verfassungswesen in ihren grundlegenden Begriffen und Tatsachen. Indem das Jugendorgan diese Gebiete in einer dem Auffassungsvermögen der Jugend angepaßten Form, aber stets im Geiste der fortgeschrittenen Wissenschaft, behandelt, wird es unserer Jugend auf breiterer Grundlage die Einführung in die Weltanschauung des Sozialismus darbieten. Denselben Zwecke auf anderem Wege wird das Jugendorgan auch in dem Teile zu dienen haben, der der schönen Literatur und der Unterhaltungselektüre gewidmet ist. Ferner soll das Organ die spezifischen wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend, ihre Forderungen in bezug auf gewerbliches und politisches Recht, Lehrlingschutz, Fortbildungswesen usw. nachdrücklich vertreten. In das Programm des Blattes fallen des weiteren Technik und Gesundheitspflege (Tunten, Spiel, Sport und Wanderungen), die Uebersicht über die Jugendbewegung des In- und Auslandes, die Diskussion von Vorschlägen, die aus dem Kreise der Leser selbst in bezug auf die Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungswesens der Jugend, des Lebens und Treibens in ihren Verkehrslokalen, einlaufen. Alle Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an: K. Korn, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Die örtlichen Jugendkommissionen und alle Genossen wie Genossinnen, denen die Jugendbewegung, die Durchdringung des proletarischen Nachwuchses mit dem Geiste des Sozialismus, am Herzen liegt, werden dringend ersucht, für die weiteste Verbreitung unseres neuen Organs alle Kräfte einzusetzen. Für die Sozialdemokratie, die selber die Partei der Zukunft und der Menschheitsjugend ist, gilt natürlich mit ganz besonderem Rechte und in viel höherem Sinne als für jede sonstige politische oder geistige Richtung das Motto: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. — Die „Arbeiter-Jugend“ kostet vierteljährlich 50 Pf., Einzelnummer 10 Pf. Vereine, Buchhandlungen und sonstige Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt. Alle Anfragen und Zuschriften wegen der Expedition der „Arbeiter-Jugend“ sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten. — Die erste Nummer der „Arbeiter-Jugend“ erscheint in Massenaufgabe und steht den örtlichen Jugendkommissionen unentgeltlich zur Verfügung. Bestellungen müssen spätestens bis zum 20. Januar in Händen der Expedition sein.

Vom Wirtschaftsmarkt.

„Fette Ochsen, verhungerte Menschen! Die fetten Ochsen haben ihre Glaspaläste verlassen, um die Reichen in ihren Luxusgemächern zu mästen, während die verhungerten Menschen in ihren Jammerhöhlen verderben und sterben!“. So lauteten Plakate, die 1867 zur Krisenzeit in London täglich geheimnisvoll und unheilverkündend an den Mauern erschienen. Wenn auch heute der Unwille über das Entsetzliche des Kapitalismus, der Wenige satt macht und Millionen hungern läßt, nicht mehr in dieser unsicheren und stammelnden Form zum Ausdruck kommt, so gilt doch das klagende und zugleich warnende Wort auch heute noch: Die gewaltigste Krise, die stärkste wirtschaftliche Depression wird den Besitzenden noch Nahrung, Kleidung und Wohnung lassen; mit dem Schwinden der Beschäftigungsmöglichkeit droht aber dem Besitzlosen sofort oder bald Hunger und Elend.

So steht für uns Arbeiter in schweren Zeiten an erster Stelle die Frage nach dem Beschäftigungsgrade. Daran mißt der Arbeiter die Lage der Produktion. Und die Zahlen lauten traurig genug. Die an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen zeigten im Jahresdurchschnitt, in Zehntausenden zusammengefaßt, die Zahl der beschäftigten Personen männlichen Geschlechts wie folgt an: 1904: 265,7; 1905: 274,7; 1906: 285,3; 1907: 287; 1908: 277,2. Die Ziffer für 1908 zeigt einen starken Fall. Ob die Zahl noch bis zu der Tiefe von 1904 sinken wird, läßt sich heute noch nicht

entscheiden; es darf aber nicht verschwiegen werden, daß es wahrscheinlich ist.

Die Arbeitsmarktstatistik, die den Andrang der Arbeitssuchenden auf je 100 offene Stellen regelmäßig verzeichnet, zeigt noch deutlicher die Masse der Arbeitslosen. März und April 1907 zeigten noch ein Minderangebot, aber im November 1908 kamen auf 100 offene Stellen 212,5 Stellensuchende!

	1908	mehr als 1907	1908	mehr als 1907
Jan.	158,9	31,0	Juli	157,6
Febr.	151,7	31,0	Aug.	153,3
März	130,5	35,0	Sept.	142,6
April	141,8	40,0	Okt.	166,1
Mai	161,5	57,8	Nov.	212,5
Juni	144,3	34,8		

Der offizielle Vertreter des Deutschen Reiches spricht in solchen Zeiten davon, daß die Arbeiter mehr sparen sollen!

Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre war ein Aufschwung der Weltwirtschaft, das Abflauen der Konjunktur erstreckt sich jetzt ebenso über die gesamte Welt. Am schärfsten macht sich diese Tatsache für Amerika bemerkbar. Die Panik im Oktober und November 1907 (Kupferbörsenkraus und Sturm auf die Treuhandsbanken) erschütterte das gesamte amerikanische Leben bis in den letzten Nerv. Die größten Banken mußten unter dem Ansturm der Geldfordernden Interessenten schließen, bares Gold war nur noch der einzige Wert, und dies war wie durch Zauberschlag aus dem öffentlichen Verkehr verschwunden. Allein in den beiden letzten Monaten 1907 riß Amerika bald 500 Millionen effektives Gold aus Europa, trotz der erschreckt hochgesetzten Zinssätze, die zu wahren Kriegszinssätzen stiegen. Dazu suchte man sich in Amerika durch riesige Forcierung der Ausfuhr und ebensolche Verminderung der Einfuhr wachsende Guthaben auf das Ausland und Verringerung der Zahlungsverpflichtungen für das Inland zu verschaffen. Im Oktober 1907 war die Ausfuhrziffer der von 1906 nahezu gleich, dann sprang sie plötzlich im Vergleich zu den korrespondierenden Monaten des Vorjahres gewaltig in die Höhe: im November 1907 waren es rund 22, im Dezember 17 Millionen mehr. Erst der März 1908 blieb in seiner Ausfuhr gegen denselben Monat des Vorjahres zurück. Die Einfuhr war September 1907 noch um rund 4 Millionen höher als in demselben Monat des Vorjahres. Im Oktober war sie um 6, im November um 9, im Dezember um 42, im Januar 1908 wieder um 42, im Februar um 46 Millionen niedriger! Die Wirkungen auf die amerikanische Volkswirtschaft drücken sich, um nur einige Beispiele zu bringen, folgendermaßen aus: Anfang des Berichtsjahres hatte der Stahlwerksverband 13 Proz. seiner Hochofen im Feuer; die Weichkohlenproduktion wurde um 60 Proz. reduziert. Die Eisenherstellung ergab für die ersten drei Quartale eine Summe von 65 Millionen Sterling, gegen 128 in den neun ersten Monaten 1907. In Wirklichkeit ist die Ziffer eher noch ungünstiger, denn das Frisieren der Produktions- und Gewinnziffern hat der deutsche Stahlwerksverband erst von amerikanischen gelernt. Noch schlimmer gestalteten sich die Arbeiterverhältnisse in Amerika dadurch, daß man dort ja noch rücksichtsloser die Arbeiter arbeitslos macht, ganze Betriebe und Industriebezirke einfach stilllegt, nur um die Produktion möglichst schnell einzuschränken. Einen Abfluß findet die überschüssige Arbeitskraft zum Glück in der gewaltigen, hochindustriell entwickelten Landwirtschaft, die gerade dieses Jahr mit einer leidlichen Ernte kam.

Durch diese Verhältnisse hat in erster Linie England außerordentlich gelitten. Die englische und amerikanische Industrie ist sehr eng miteinander verknüpft. Der insularen Lage Englands entsprechend sind in erster Linie die Seeschiffahrt und die mit ihr verwandten Industrien stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Textilindustrie muß ebenso durch den wirtschaftlichen Niedergang leiden. Was über die Schiffahrt und die Schiffbauindustrie von England gesagt wurde, gilt fast ebenso sehr für die der ganzen Welt. In den letzten Jahren ist überall der Schiffbau stark forciert worden, besonders die englischen und deutschen Werften zeichneten sich durch viele Aufträge mit außerordentlich langen Kreditfristen aus. Die Gesamtproduktion der Welt an Tonnage betrug unter Abrechnung des betreffenden Jahresverlustes 1906 2158000, 1907 1984000, 1908 nur etwa 800000 Tonnage!

Es ist selbstverständlich, wenn die die Verkehrsmittel herstellenden Industrien unter der wirtschaftlichen Depression leiden, daß noch viel unmittelbarer die Verkehrsindustrien selbst betroffen werden. So wird die Paketfahrt seit 1894 wohl zum ersten Male wieder keine Dividende zahlen; der Norddeutsche Lloyd hat nicht einmal die vollen Abschreibungen verdient.

In der deutschen Eisenindustrie spielte sich im abgelaufenen Jahre ein erbitterter Existenzkampf ab, der durch die Spannung des Wirtschaftsmarktes nur noch gefördert wurde. Der Kampf zwischen den reinen und gemischten Werken ist schärfer denn je entbrannt, besonders die Erkenntnis der Vorteile der Schutzollmauer für die gemischten Werke in den Krisen der vorhergenannten kann als kampferregend zu den Geachmannen des Jahres 1908 gezählt werden. Die Betriebs- und Kapitalvereinigung ist auch durch die Auflösung

des Roheisensyndikats — so absurd dies auch klingt — gefördert worden. Das Roheisensyndikat war für die reinen — nur Teilprodukte herstellenden — Werke eine gewisse Stütze; die Riesen der Eisenindustrie sind alle mehr oder weniger gemischte Werke, die im Eigenbesitz von allen Hilfsmitteln (Kohlen- und Erzgruben, Kokereien, Hochofen, Walzenstrassen usw.) sind und ohne Zwischen-transport und Handel fertige Fabrikate herstellen. Durch einen verschärften Wettbewerb wurden die reinen Hochofenwerke hart bedrängt. Den reinen Walzwerken ging es ähnlich. Die großen gemischten Werke gingen in Depressionsjahre besonders zur Fabrikation von Walzfabrikaten über; Folge war, daß einer Menge kleinerer Werke die Luft ausging, Walzenstraßen mußten stillgelegt werden. Unterstützt wurden alle diese Bestrebungen durch den Stahlwerksverband. Er verstand es, die Preise für die in ihm syndizierten Produkte, Halbzeug, Formeln und Eisenbahnmaterial außerordentlich spät und um einen ganz ungenügenden Beitrag herabzusetzen. Hier sei auch noch mit an die Abschlüsse des Stahlwerksverbandes mit dem preuß. Staat erinnert. Im Oktober 1907 schloß der preuß. Eisenbahnminister mit dem Verbands einen Lieferungsvertrag für den gesamten Bedarf an Schienen und Schwellen, und zwar auf drei Jahre, zu einem Preis von 120 Mk. pro Tonne bei einem Gesamtauftrag von weit über 1 Million Tonnen. Der alte Preis betrug damals nur 112 Mk. Kürzlich hat China mit russischen Schienenproduzenten einen Vertrag auf ein bedeutend kleineres Quantum abgeschlossen, und zahlt dafür pro Tonne nur 90 Mark, also 25 Proz. weniger als der preußische Staat an den Stahlwerksverband bis 1910 zahlen wird.

Einen ähnlichen Vertrag schloß die Regierung auch mit dem Kohleisensyndikat. Auch dieses hat es meisterhaft verstanden, ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse sich seine alten Preise zu sichern. Durch dieses Preishochhalten der auf den Syndikatskoks angewiesenen Eisenindustrie ist ein ganz Teil zur Stilllegung kleinerer Werke beigetragen worden. Als nun endlich die neue Liste der Richtpreise herauskam, ist von interessierten Kreisen über die wirtschaftliche Einsicht des Syndikats gefaselt worden. In Wirklichkeit sind die Kohlenpreise nicht einmal bis zum Niveau der letzten Depression herabgesetzt; die Herabsetzung des Kokes um 2 Mark wird jetzt schon ganz allgemein als vollständig ungenügend bezeichnet, und zwar von bedeutenden Abnehmern des Syndikats. Im Ausland mußte das Syndikat die Preise erheblich herabsetzen, um konkurrenzfähig zu bleiben. So wurde erst kürzlich bekannt, daß deutsche Kohle in Holland für 6,60 Mark durch das Syndikat verkauft worden war; für dieselbe Sorte verlangt es im lieben deutschen Vaterland 13 Mark. Die Herren sind allmächtig in Deutschland. Als vor wenigen Wochen das Marineministerium sich nur nach den Preisen der englischen Kohle erkundigte, ehe es sich zu Verhandlungen für die Lieferung des gesamten Kohlenbedarfs mit dem Syndikat herabließ, drohten dessen Hintermänner mit dem Streik der deutschen Kohlenlieferanten für den Fall eines Krieges! Jetzt ist der Lieferungsvertrag abgeschlossen worden. Auch in einer großen Anzahl von deutschen Städten beschäftigt man sich mit der eventuellen Bestellung englischer Kohle für die Gasanstalten, weil die Preise für die deutsche Kohle zu abnorm sind. Hier könnte und müßte eigentlich der Fiskus eingreifen, der ja im Saargebiet und auch in Oberschlesien ausgedehnte Kohlenwerke besitzt. Der Fiskus ist aber ungefähr das, was die Großmutter gegenüber dem Teufel ist. Erst im Dezember kam der ober-schlesische Fiskus mit kaum nennenswerten Preisermäßigungen, die er auch noch damit begründete, daß er in einem Wuscheltell mitteilen ließ, wenn er die Ermäßigung auch vom kaufmännischen Gesichtspunkte nicht billigen könne, er habe es aus wirtschaftlicher Einsicht getan (!).

So liegt ganz allgemein das Wirtschaftsleben darnieder, oft noch verstärkt in seinen traurigen Wirkungen durch die gemeine Raubpolitik des skrupellosen Unternehmertums. Hohe Preise für die Lebensmittel kommen noch dazu, denn die durch die Zölle geschützten Junker haben im Berichtsjahr, wie es selbst die „Norddeutsche Allgemeine“ zugibt, für ihre Produkte sehr gute Preise bekommen. Überall das Bild des Darniederliegens. Langsam und vereinzelt wird schon wieder vorbereitet für die Jahre der Hochkonjunktur, die dem deutschen Arbeiter insbesondere manchen schweren Kampf bringen wird.

Kurt Heinig.

Die Trade Alliance.

Eine Wertung der Tarifverträge zur Hochhaltung des Ausbeuterpreises.

Von F. Schmetter.

III (Schluß).

Eine selbstmörderische Taktik in der Arbeiterbewegung.

Daß die Gewerkschaften, die mit den koalitierten Unternehmern ihres Gewerbezweiges solche Bündnisse abschließen, wie sie im vorigen Artikel vorgeführt sind, allen Prinzipien der proletarischen Bewegung zuwiderhandeln und damit die Interessen der Gesamtarbeiterschaft schädigen, muß jedem

Arbeiter, der vom Geiste des Klassenkampfes erfüllt ist, ohne weiteres klar sein. Wer das Wesen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft erfaßt hat, für den ist es sicher nicht schwer, zu erkennen, daß die Gewerkschaften, die sich um einiger augenblicklicher Sondervorteile willen den Unternehmern in der Hochtreibung der Ausbeuterprofite dienstbar machen, *gewerkschaftlichen Selbstmord* verüben.

Diese Taktik von Gewerkschaften, sich im Bunde mit ihren eignen Ausbeutern auf Kosten der andern Berufe und der gesamten Gesellschaft eine privilegierte Stellung zu verschaffen, ist zünftlerisch und darum antisozialistisch. Ein solches Zusammengehen von Arbeitern und Unternehmern ist nach unsrer Gesellschaftslehre unnatürlich: es widerspricht dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Es scheidet die Gesellschaft in einer unnatürlichen Richtung, in einer Richtung, bei der sich nicht Ausbeuter und Ausgebeutete schroff gegenüberstehen, bei der vielmehr jedes Gewerbe in enger Verknüpfung, Unternehmer und Arbeiter umfassend, die übrige Welt zu übervorteilen sucht.

Bei einer Scheidung der Gesellschaft nach dieser Richtung, bei der die Arbeiter der verschiedenen Gewerbe gegeneinander zu stehen kommen, muß naturgemäß innerhalb der Arbeiterschaft jedes Solidaritätsgefühl ausgelöscht werden. Das bringt Zerspaltung in die Arbeiterklasse und macht sie unfähig zu einem Klassenkampf, unfähig zu einer sozialistischen Bewegung. Eine Ausbreitung der geschilderten Allianzverträge wäre also das schlimmste, was der modernen Arbeiterbewegung passieren könnte.

Das Bestreben, einem engen, abgeschlossenen Kreis von Arbeitern Vorteile zu erringen nicht auf Kosten der Unternehmer, sondern auf Kosten der Konsumenten, also der gesamten Gesellschaft, oder gar auf Kosten anderer Arbeiterschichten, können nur Gewerkschaftler gutheißen, die von krassem Egoismus erfüllt sind, also Leute, die nur auf den eignen Vorteil bedacht sind, denen jedes Gefühl der Solidarität mit der Gesamtarbeiterschaft abgeht. Das Bedachtsein auf Sondervorteile widerspricht den Grundsätzen der modernen Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften, die Sondervorteile erstreben, offenbaren denselben Krämergeist, der dem gewerblichen Spekulantentum eigen ist.

Daß die Führer von jenen Gewerkschaften, die mit ihren Unternehmern »Allianzen« abgeschlossen haben, die gewerkschaftliche Tätigkeit tatsächlich nicht anders auffassen, als eine Art gewerbliche Geschäftshuberei zu betreiben, kann auch das Ehepaar Webb in seinem Werke »Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine« nicht verhehlen. Es meint, durch diese Gewerkepolitik bildeten sich im Gewerkevereinswesen dieselben Charaktere heraus wie im Geschäftsleben. Wörtlich sagt es:

»Wer die Gewerkevereinswelt kennt, entdeckt ohne Schwierigkeit in einigen Abteilungen derselben, sowohl was die Politik der Vereine wie den Charakter der einzelnen Führer betrifft, denselben starken, selbstbewußten und kämpfenden Geist; dieselbe Unduldsamkeit gegen Gefühl, Philanthropie und Idealismus; dasselbe selbstgefällige Rühmen ihrer Kampfperiode und dieselbe Verachtung für die erfolglosen Kämpfer; vor allem dieselbe Auffassung der sozialen Ordnung, die sich auf der Maxime aufbaut: Wer da hat, dem soll gegeben werden, und wer da nicht hat, dem soll auch das, was er hat, genommen werden.« Für den Idealisten, der in der Gewerkevereinsbewegung die große Klassen-erhebung der Unterdrückten gegen die Unterdrücker sieht, muß die Erkenntnis niederschmetternd sein, daß dieser Typus der Gewerkevereinsbeamten, der die Interessen seiner Klienten auf Kosten aller andern Menschen fördert, nur eine andre Verkörperung des kommerziellen Geistes ist.

Von den Nationalsozialen wurde den deutschen Arbeitern empfohlen, eine nationale Interessengemeinschaft mit den deutschen Kapitalisten herzustellen gegenüber dem Ausland. Man redete den Arbeitern vor: Je mehr man die ökonomische Entwicklung des eignen Landes auf Kosten anderer Länder fördere, desto besser gingen die Geschäfte; es stiegen dann nicht bloß die Profite, sondern auch die Löhne. »Das ist eine höchst bornierte Auffassung, die völlig außer acht läßt, wie sehr der Aufstieg der Arbeiter eines Landes im Zusammenhang steht mit der Machtentwicklung des gesamten internationalen Proletariats.«, so sagt dazu Kautsky in No. 8 (27. Jahrg.) der »Neuen Zeit«.

Noch weit zutreffender aber ist dies Urteil Kautskys auf das Streben, eine Interessengemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeitern eines Berufes herzustellen gegenüber der gesamten übrigen Bevölkerung. Hier wüten im engen Rahmen die Arbeiter, gebendelnd vom Egoismus, noch viel intensiver gegen ihre eignen Interessen zum Gaudium des stillvergnügten Unternehmertums. Daß Kautsky auch dieser Anschauung ist, geht aus einer Beurteilung der »Trade Alliances«, die in seinem Artikel: Partei und Gewerkschaft in No. 14 des Jahrg. 1898-99 der »Neuen Zeit« zu finden ist, klar hervor. Es heißt da:

»Es sind Gewerkschaften, die sich mit Kapitalistenringen verbinden zur Brandstiftung des Publikums. An Stelle des Kampfes gegen das Kapital tritt bei ihnen der Kampf gegen die Gesellschaft, Arm in Arm mit dem Kapital. Sollte diese Trade Alliance allgemein werden, so würden die Gewerkschaften dadurch allerdings einen von dem heutigen total

verschiedenen Charakter bekommen, dann aber schließe auch die Stunde der Arbeiterbewegung überhaupt. Zum Glücke für den Fortschritt der Menschheit ist nicht zu erwarten, daß dieses jüngste Mittel der englischen Fabrikanten, die gewerkschaftliche Bewegung zu korrumpieren, allgemeiner und tiefer die Arbeiterbewegung beeinflussen wird, als etwa das System der Gewinnbeteiligung oder das der gleitenden Lohnskala, und daß es gleich diesen einmal von den Arbeitern selbst bekämpft wird, die sich von ihm zeitweise haben blenden lassen.« Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit hat sich überall schließlich stärker erwiesen als alle Mittelchen der Harmonie zwischen beiden.

In ihrer Schrift »Sozialreform oder Revolution?« fällt Rosa Luxemburg ein gleiches Urteil über das Bestreben von Gewerkschaften, zugunsten der Unternehmer die Warenpreise hochzutreiben. Sie sagt: »... worauf reduziert sich notwendigerweise die aktive Teilnahme der Gewerkschaft an der Bestimmung des Umfangs und der Preise der Warenproduktion? Auf ein Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen den Konsumenten, und zwar unter Gebrauch von Zwangsmaßnahmen gegen konkurrierende Unternehmer, die den Methoden der regelrechten Unternehmerverbände in nichts nachstehen. Es ist dies im Grunde genommen kein Kampf zwischen Arbeit und Kapital mehr, sondern ein solidarischer Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft. Seinem sozialen Werte nach ist das ein reaktionäres Beginnen, das schon deshalb keine Etappe in dem Emanzipationskampfe des Proletariats bilden kann, weil es vielmehr das gerade Gegenteil von einem Klassenkampf darstellt.«

Wenn diese Kritiken aus sozialistischem Lager übertrieben erscheinen, der sei noch auf ein Urteil, das ein bürgerlicher Sozialökonom über diese gewerkschaftliche Geschäftshuberei fällt, aufmerksam gemacht. Bekanntlich sind diese Bündnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern zur Hochtreibung der Warenpreise auch in Amerika anzutreffen. Über diese Geschäftspolitik von amerikanischen Gewerkschaften läßt sich nun der liberale Prof. Sombart in seinen »Studien zur Entwicklungsgeschichte des nordamerikanischen Proletariats« wie folgt vernehmen:

»Den reinsten Ausdruck findet diese Geschäftspolitik (der zünftlerisch gesinnten Gewerkschaften) in dem Zusammenschluß der monopolistischen Gewerkschaft mit einem monopolistischen Unternehmertum in den sogenannten »Alliances«, das sind Organisationen zur gemeinsamen Ausbeutung des Publikums durch die vereinigten Unternehmer und Arbeiter eines Gewerbezweiges. Man kann diese Art Gewerkschaften, weil sie doch von demselben Holze wie der Kapitalismus selbst geschnitzt sind und sowohl in ihren Tendenzen wie in ihren Wirkungen auf Erhaltung und Festigung, nicht auf Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems gerichtet sind, als kapitalistische bezeichnen und ihnen die sozialistischen Gewerkschaften gegenüberstellen, die ihre Politik zwar auch auf den Gegenwartserfolg zuschneiden, dabei aber die gegen den Kapitalismus gerichtete Klassenbewegung des Proletariats nicht aus dem Auge verlieren.«

Diese Geschäftspolitik, die von den zünftlerisch gesinnten englischen und amerikanischen Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Unternehmern betrieben wird, findet jetzt auch in deutschen Gewerkschaften Nachahmung. Im Buchdruck, im Chemigraphie- und im Xylographiegewerbe wurden zwischen Unternehmern und Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen, die genau diesen berüchtigten »Allianzen« nachgebildet sind. Nur der eine Unterschied ist hier zu merken, daß sich die deutschen Arbeiter für weit geringere Äquivalente den Unternehmern in der Hochtreibung der Warenpreise dienstbar machen als ihre englischen Klassengenossen: während die englischen Arbeiter für jede Erhöhung der Profite und Verkaufspreise, die durchgesetzt wird, einen proportionalen Prämienzuschlag auf den Standardlohn verlangen, begnügen sich die deutschen Arbeiter mit der Festsetzung von Mindestlöhnen. Als großen Gewinn bezeichnen es sogar die Buchdrucker und Chemigraphen, daß sie im Tarifamt ein Wort mitreden dürfen bei einer Erhöhung der Warenpreise. Wie wenig indes dabei ihr Einfluß geht, das zeigt die Zusammensetzung des Tarifamts, in dem ein beigegebener Justizrat, selbstverständlich ein Apologet des Kapitals, als »unparteilicher Beirat« das Zünglein an der Wagchale bildet. Diese Statistenrolle, die im Buchdruck- und im Chemigraphentarif den Arbeitern in Angelegenheit der Normierung des Mindestprofits für die Unternehmer zugebilligt wird, ist zudem durchaus keine Besonderheit gegenüber den Einrichtungen der englischen und amerikanischen »Trade Alliances«.

Das Abschließen dieser Verträge zur gemeinsamen Ausbeutung des Publikums zwischen den Unternehmern und Arbeitern im deutschen Chemigraphie-, Xylographie- und Buchdruckgewerbe bezeichnet der »Korrespondent« der Buchdrucker als »eine neue Ära sozialen Wirkens von vorbildlicher Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben.« Wie wenig aber diese neue Ära sozialen Wirkens vorbildlich sein kann für das gesamte Wirtschaftsleben, das tut sich einem sofort dar, wenn man sich dieses Wirken auf alle wichtigeren Produktionszweige ausgedehnt denkt. Der ökonomische Zweck

einer »Alliance« zwischen Arbeitern und Unternehmern besteht doch darin, durch den Ausschluß der Konkurrenz unter den Unternehmern einer Branche auf die Verteilung der auf dem Warenmarkt erzielten gesamten Profitmasse so einzuwirken, um den Anteil dieses Gewerbezweiges an ihr zu steigern. Eine Steigerung des Anteils einer Branche an der Gesamtmasse des Profits kann aber immer nur auf Kosten der Anteile aller übrigen Branchen erfolgen. Die Wirkung dieser Verträge muß sich darum sofort von selbst aufheben, wenn sie auf die maßgebendsten Produktionszweige ausgedehnt werden.

Auch wenn dieses Vorgehen auf einzelnen Branchen beschränkt bleibt, so sind damit diese Branchen doch nicht in die Lage versetzt, dauernd eine auf Kosten der übrigen Gewerbe erfolgte Steigerung ihres Profitanteils aufrecht erhalten zu können; dem wirkt schon das kapitalistische Gesetz vom Ausgleich der Profite entgegen. Denn steigen in einer Branche aus irgend welchen Gründen die Warenpreise über ein gewisses Niveau, so daß die Profite, die erzielt werden, den Durchschnitt überragen, so strömt Kapital von den weniger einträglichen Industriezweigen in diese einträglichere Branche, erweitert die Produktion, worauf die Preise wieder auf das den Durchschnittsprofit abwerfende Niveau herabsinken. Von diesem Gesetz haben die Kapitalisten keine Ahnung, aber sie fühlen seine Wirkung, weshalb sie sich im Chemigraphie- und im Buchdruckgewerbe bestreben, Neugründungen zu verhindern. Das zuströmende Kapital tritt aber nicht nur in Neugründungen, sondern auch in der Erweiterung der bereits bestehenden Produktionsstätten in Erscheinung. Danach allein läßt sich schon ersehen, wie töricht es ist von jenen Arbeitern und Unternehmern, wenn sie in ihrem Bestreben, sich durch gegenseitige Unterstützung auf außergewöhnlichem Wege Sondervorteile auf Kosten der Gesellschaft zu erringen, glauben, die Wirkung der elementarsten Gesetze des Kapitalismus außer Kraft setzen zu können.

Nun glaubt man aber auch in Kreisen der Chemigraphen, daß ein Eintreten für die Hochhaltung der Warenpreise deshalb notwendig sei, weil jede Senkung der Warenpreise naturnotwendig eine Kürzung der Löhne nach sich führe. Wer diese Anschauung vertritt, offenbart gerade nicht, daß er besonders groß bewandert wäre auf dem Gebiete der politischen Oekonomie. Ebensovienig, wie ein Steigen der Löhne ein Steigen der Warenpreise nach sich ziehen muß, muß ein Sinken der Preise ein Sinken der Löhne herbeiführen. Dies zu beweisen war ja der Zweck des Vortrages, den Karl Marx am 26. Juni 1865 im Generalrat der »Internationalen« gehalten hat. Aus seinen darin gemachten Aufstellungen geht hervor, daß ein Fallen der Preise oder ein Steigen der Löhne in allgemeiner Beziehung immer auf Kosten des Unternehmerprofits erfolgen muß. Die Gewerkschaften haben aber keine Ursache, die Unternehmer in der Abwendung der Wirkungen dieses kapitalistischen Gesetzes zu stützen. Im Gegenteil, ihre Aufgaben liegen gerade darin, die allgemeine Profitrate zu mindern, um die Lohnrate zu steigern. Eine Steigerung der allgemeinen Lohnrate läßt sich nicht anders als durch eine Kürzung der Profitrate erzielen, denn der aus der Gesamtarbeit der Arbeiter entspringende Wert, der in Lohn und Profit aufgeteilt wird, ist eine begrenzte Größe. Und »wo immer eine bestimmte Menge gegeben ist«, so sagt Marx, »wird ein Teil derselben stets im umgekehrten Verhältnis zunehmen, wie der andre Teil abnimmt.«

Wenn nun in einer Branche es die Arbeiter den Unternehmern ermöglichen, ihre Profite durch Überverteilung dritter Kapitalisten oder der Konsumenten zu vermehren, also unabhängig vom Steigen und Fallen des Arbeitslohnes, so sind die Arbeiter trotzdem die Betrogenen. Denn »der Profit ist zwar nicht gestiegen, weil der Arbeitslohn gefallen ist, aber der Arbeitslohn ist gefallen, weil der Profit gestiegen ist. Der Kapitalist hat mit derselben Summe von fremder Arbeit eine größere Summe von Tauschwerten erkaufte, ohne deshalb die Arbeit höher bezahlt zu haben; d. h. also die Arbeit wird niedriger bezahlt im Verhältnis zum Reinertrag, den sie dem Kapitalisten abwirft.« (Marx, Lohnarbeit und Kapital.)

Die Arbeiter bleiben auch dann noch die Betrogenen, wenn sie bei diesem Hand in Hand gehen mit den Unternehmern wirklich eine Erhöhung des Arbeitslohnes davontragen. Wie sie sich schon selbst als Konsumenten betrügen durch Verringerung der Kaufkraft ihres Arbeitslohnes, das ist in den beiden Artikeln »Gewerkschaftliche Lohn- und Preispolitik« in den No. 27 und 28 der »Gr. Pr.« 1908 ausführlich dargelegt. Eine auf diese Weise erzielte Erhöhung des Arbeitslohnes bedeutet in der Wirklichkeit doch eine Verringerung, mag diese Aufstellung auch paradox erscheinen. Wenn der reelle Arbeitslohn und der nominelle Arbeitslohn (der Geldwert der Arbeit) nicht in demselben Verhältnis steigt wie der Profit, so muß naturgemäß der relative Arbeitslohn fallen. Es bedeutet eine Abnahme, nicht eine Zunahme des verhältnismäßigen, des relativen Arbeitslohnes, wenn der Arbeitslohn um 5 Proz., der Profit dagegen um 30 Proz. steigt.

Daß sich in der Praxis die Vorgänge auch tatsächlich so abspielen, das beweisen die Wirkungen des jetzt abgeschlossenen Buchdruckerarifs, der, wie schon betont, weiter nichts ist, als eine regelrechte »Alliance« zwischen Unternehmern und Arbeitern.

So erhöhten z. B. die »Leipziger Neuesten Nachrichten« auf Grund des Schutzbündnisses mit den Gehilfen ihren Abonnementpreis pro Monat um 10 Pf., also von 80 auf 90 Pf. Da dies Blatt eine Auflage von 10000 Exemplaren hat, macht seine Mehreinnahme an Abonnementgeldern im Jahre 120000 Mk. Die den Gehilfen vertraglich zugestandene Lohnerhöhung kostete diesem Unternehmen für das Jahr höchstens 20000 Mk., bleibt ihm also ein blanker Extraprofit von 100000 Mk. jährlich.

Tarifverträge, die, wie der Buchdrucker-, der Chemigraphen- und der Xylographentarif, auf der Grundlage der englischen und amerikanischen Trade Alliances abgeschlossen sind, und in denen die Arbeiterorganisationen dem Zwecke dienen, nicht bloß die Löhne, sondern auch die Profite hochzuhalten, verstoßen also in jeder Hinsicht gegen die Prinzipien des Klassenkampfes. Die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften können darum zu diesen Konventionen keine andere Stellung einnehmen als die ungarländischen Gewerkschaften, die in bezug auf diese Verträge auf ihrem letzten Kongreß folgenden Beschluß gefaßt haben:

»Schließlich spricht der Kongreß aus, daß solche Verträge, welche unter Garantie oder mit der Einwilligung der Organisationen die Produkte der betreffenden Industrie verteuern oder auf diese Weise einen kausalen Zusammenhang schaffen einerseits zwischen den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter, andererseits zwischen den materiellen Interessen und dem Unternehmerprofit der Arbeitgeber, unter keinen Umständen abgeschlossen werden dürfen.«

Briefkasten der Redaktion.

M. C., N. Eignet sich nicht für unser Organ. Der andere Artikel erscheint in einigen Wochen. Es warten noch Beiträge für den Abdruck, die viel früher eingesandt wurden als der übrige. Also Geduld! — M. R., M. Berichte, die 3 Tage nach Redaktionsschluss eingehen, können aber beim besten Willen nicht mehr berücksichtigt werden. 20 Pf. Strafporto bezahlt!

Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Das Ergebnis unseres Buchzeichen-Wettbewerbs.

Der in No. 43 des vorigen Jahrganges der »Graphischen Presse« ausgeschriebene Wettbewerb zur Erlangung eines künstlerischen Buchzeichens (Ex libris) und eines Lesezeichens für die Berliner Filialen unseres Verbandes fand leider nur eine geringe Beteiligung. Es gingen aus 6 Zahlstellen von 16 Einsendern 21 Arbeiten ein, und zwar beteiligten sich aus Berlin 4 Einsender mit 5 Entwürfen, aus Leipzig und Dresden je 4 Einsender mit 4, aus München 2 Einsender mit 2 Entwürfen und aus Mannheim 1 Einsender mit 1 Entwurf, während sich die Skizziervereinigung Radifix in Kaufbeuren korporativ mit 5 Einsendungen beteiligte.

Als Preisrichter fungierten die Herren Kunstmaler Albert Knab, Kunstschriftsteller Karl Matthies und als Vertreter des Ausschusses Kollege Friedrich Hoenniger. Die Wertung der Arbeiten erfolgte am 28. Dezember 1908 und hatte folgendes Resultat:

Der ausgesetzte Ehrenpreis von 10 Mark fiel auf die Arbeit des Kollegen Fr. Kobler-München, Motto »Schwarz Grün«, die auch zur Ausführung gelangen wird. Lobend erwähnt wurde eine der 5 Arbeiten der Skizziervereinigung Radifix in Kaufbeuren, Motto: Radifix.

Herr Kunstmaler Knab stiftete in dankenswerter Weise zwei komplette Jahrgänge der von ihm herausgegebenen »Monatshefte für graph. Kunstgewerbe«, die den beiden Einsendern, deren Entwürfe prämiert und lobend erwähnt wurden, als besondere Anerkennung übermittelt werden sollen.

Die Einsendungen werden erst in Berlin ausgestellt und im Laufe der nächsten Wochen zurückgesandt. Wir danken allen Einsendern für die Beteiligung an dem Wettbewerb und bedauern nur, daß diese nicht stärker war. Möchten spätere gleichartige Veranstaltungen ein regeres Interesse finden, und möchte sich besonders die Berliner Kollegenschaft, für die das Ergebnis des Wettbewerbs beschämend ist, in Zukunft stärker an den Ausschreibungen des von ihr eingesetzten Ausschusses beteiligen.

Bildungs-Ausschuß Berlin
der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe.

Nach Schweden!

In No. 104 des Klmsch'schen Anzeiger werden Umdrucker und Maschinenmeister für mehrfarbige Etiketten mit Chiffre »Nach Schweden« zu engagieren gesucht. Mit Bestimmtheit vermuten wir, daß es die Firma »Streichholzfabrik Vulkan, A.-G. in Tidakolm« ist, welche deutsche Kollegen unter verlockenden Bedingungen anlocken und als Streikbrecher verwenden will, denn seit dem 2. Januar stehen alle Kollegen der dortigen Druckereiabteilung (6 Maschinenmeister und 5 Umdrucker) wegen Nichtanerkennung eines Tarifs im Auslande. Ein Tarif ist hier aber am rechten Platze, denn die dortigen Kollegen sind bei dieser Welt-Exportfirma (größten Streichholzfabrik der Welt) am schlechtesten bezahlt und arbeiten unter den miserabelsten Bedingungen in ganz Schweden. Da die Firma »Vulkan« noch zwei große Fabriken mit Druckereien ausschließlich für Streichholz-Etiketten in Jönköping besitzt, ist es möglich, daß sie sich als Deckadresse der Firma »Jönköpings Streichholzfabrik A.-G.« bedient, welcher Platz nicht gesperrt ist, da sich alle dortigen Kollegen solidarisch erklärten. Dies zur Aufklärung. Wir ersuchen die deutschen Kollegen, kein Engagement nach Tidakolm oder Jönköping anzunehmen.

Int. Litografiska Förbundet i. Sverige.

Entscheidung in der Angelegenheit Zimmermann-Dresden.

Die gemeinsame Vorstandssitzung sämtlicher Dresdner Filialen faßte einstimmig den Beschluß, das nachstehende zu veröffentlichen. Der zugrundeliegende Vorgang hat sich 1904 abgespielt. Kollege Zimmermann, um den sich die Sache handelt, war durch einen langwierigen Prozeß — der zum Teil in Verbindung mit vorliegender Angelegenheit stand und vor einiger Zeit beendet wurde — verhindert, diese Sache in seinem Interesse weiter zu verfolgen. Nun aber trat er an den gemeinsamen Vorstand heran, ihm Schutz vor erneuten Anwürfen zu gewähren. Der Vorstand fand, daß es sich um eine Angelegenheit handelt, die zu entscheiden zur Kompetenz des Zentral-Ausschusses gehört und verwies Kollege Zimmermann an diesen. Um den Beschuldigten vor weiteren Angriffen zu schützen, wird der Entscheid hiermit veröffentlicht. Er lautet wie folgt:

Das Verbandsmitglied Arthur Zimmermann wurde beschuldigt, durch anonyme Briefe vom 8. 1. und 2. 7. 1904 an die Firma Brend'amour, Simhard & Co. dort beschäftigte Kollegen denunziert zu haben. Eine die Sache untersuchende Kommission erhielt auf Ansuchen von Herrn May, Lehrer und Schrift-experte in München, ein Gutachten, nach welchem p. p. Zimmermann als Schreiber dieser Briefe bezeichnet wird. Auf Anraten seines Rechtsanwaltes Herr Wolf in München versuchte der Beschuldigte seine Unschuld auf gerichtlichem Wege feststellen zu lassen. Die Gerichte lehnten es ab, in dieser Sache eine Entscheidung zu treffen, da den Beklagten der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zustehe. Daraufhin erhielt Z. durch Vermittlung seines Rechtsanwaltes ein Gutachten des Herrn H. Busse in München, Schriftsteller und wissenschaftlicher Graphologe, Vorstand der deutschen graphologischen Gesellschaft, und Redakteur der »Graphologischen Praxis«, dessen Wortlaut besagt: »Nach meiner Ansicht sind die anonymen Briefe nicht von Herrn A. Zimmermann geschrieben«. Trotz dieser Feststellung wird auch jetzt noch Kollege Z. von einigen als Täter bezeichnet. Deshalb hat Kollege Z. sowohl als auch der Vorstand der Dresdner Mitgliedschaft den Entscheid des Ausschusses verlangt. Der Ausschuß versuchte vergeblich, die anonymen Briefe zwecks Einholung eines Obergutachtens zu beschaffen. Bei der Erfolglosigkeit dieses Versuches war der Ausschuß darauf angewiesen, auf Grund des ihm vorliegenden übrigen Materials seine Entscheidung zu treffen. Diese lautet: Die Schuld des Kollegen A. Zimmermann, die besagten anonymen Briefe geschrieben zu haben, ist keinesfalls erwiesen. Damit sind alle dem Kollegen Z. in dieser Sache gemachten Vorwürfe unberechtigt.

Dresden, den 16. Dezember 1908.

Der Verbandsausschuß,
l. A.: Richard Hickmann.

Brief aus Kattowitz O.-S.

Schon geraume Zeit ist von der hiesigen Zahlstelle der Raum der »Graph. Presse« nicht mehr in Anspruch genommen worden. Zu Nutz und Frommen derjenigen, die es angeht, wollen wir aber wieder einmal durch einige Zeilen daran erinnern, daß Oberschlesien auch noch zu Deutschland gehört, und daß in dieser zweifach schwarzen Gegend ebenfalls Kollegen für die soziale Besserstellung ihres Standes tätig sind.

Bedauerlicherweise muß aber gesagt werden, daß bei einem Teil der hiesigen Kollegen eine gewisse Gleichgültigkeit, eine Mutlosigkeit, ein Verweheln an der Möglichkeit des Erfolges unserer Bestrebungen eingetrissen ist. Schuld daran ist die halbinselartige, isolierte Lage Oberschlesiens, welche einen Verkehr der obererschlesischen mit anderen Kollegen erschwert, und schließlich die Nähe der österreichischen Grenze.

Der Grenze wird mancher verwundert fragen — Jawohl: die Nähe der Grenze insoweit, als unsere lieben österreichischen Kollegen es uns besonders erschweren, unsere Interessen so zu vertreten, wie es notwendig wäre. Während wir, entsprechend den hiesigen teuren Lebensverhältnissen, uns die größte Mühe geben, die Löhne auf einem einigermaßen auskömmlichen Niveau zu erhalten, sind es gerade unsere lieben Nachbarn, welche bei Stellungswechsel resp. bei Besetzung hier freierwerdender Stellen sich zu billigeren Löhnen anbieten. Die meisten betrachten Oberschlesien als die Eingangsporte ins Deutsche Reich, wollen sich hier erst gewissermaßen aklimatisieren, d. h. deutsche Verhältnisse und Arbeitsmethoden kennen lernen, und legen bei ihren Forderungen die billigeren Lebensverhältnisse und die weniger intensive Arbeitsweise ihrer Heimat zugrunde. Schon mancher hat sich kurze Zeit nach seinem Hiersein nach den heimatischen Fleischtöpfen zurückgewünscht, und wenn es ihm möglich war, diesen Wunsch auch in die Tat umgesetzt.

Aber auch unsere deutschen Kollegen müssen wir warnen, nach Oberschlesien zu kommen. — »In Polen ist nichts zu holen« lautet ein Volksspruchwort. Nun, hier ist sozusagen schon Polen! — Dabei ist es aber geradezu niederdrückend, wenn man erfährt, wie auf eine Annonce im »Klmsch'schen« hier 30 bis 50 Angebote einlaufen. Der betreffende Chef müßte ja geradezu ein Idiot sein, wenn er aus dieser Tatsache nicht seinen Nutzen zu ziehen suchte! Jede leise Andeutung auf eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses wird dann sofort mit dem Hinweis auf die vielen Angebote beantwortet.

Und was wird hier nicht alles von einem Stein-drucker oder Lithographen verlangt? Eine erstklassige Kraft möchte er sein, so vielseitig wie nur irgend möglich, und dabei in jeder einzelnen Sparte Spezialist! Dabei ist das Arbeitstempo derartig, daß eine Steigerung überhaupt nicht mehr möglich ist. Während anderwärts in unserem Berufe die achtstündige, ja oft noch kürzere Arbeitszeit die Regel ist, haben wir, mit Ausnahme einer Anstalt in Gleiwitz, überall noch eine Arbeitsdauer von 9 bis 9½, in Pleß sogar von 10½ Stunden! Und wenn es damit nur schon genug wäre! In einer Kattowitzer Anstalt ist die Leitung geradezu versessen auf Ueberstunden, so daß zu gewissen Zeiten im Jahre auf den Einzelnen wöchentlich bis zu 25 Ueberstunden und darüber kommen. In krassem Gegensatz zu den verlangten Leistungen steht aber der Lohn. Die Bemühungen, ein Minimum von 25 Mk. pro Woche aufrecht zu erhalten, scheitern immer wieder aus den oben angeführten Ursachen.

Vor allen Dingen darf kein Kollege glauben, daß hier minderwertige Kräfte ihr Fortkommen finden. Und dann legen wir es jedem stellesuchenden Kollegen ans Herz, entsprechend seinen Leistungen auch seine Forderungen zu stellen, und zwar unter Berücksichtigung der hiesigen, recht teuren Lebensverhältnisse. 25 Mk. ist das mindeste, was man hier zur Existenz benötigt. Gesehen dies doch sogar die obererschlesischen Schlotjuncker indirekt zu, indem in einem Schreiben der Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb an den Magistrat Stettin 20000 und in einem Schreiben des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins 50000 pommerache Arbeiter gesucht werden, denen man einen Anfangs-tagelohn von 3-4 Mk., steigend bis 8 Mk., bei 10stündiger Arbeitsschicht verspricht. Und dies ungelerten Feldarbeitern, Pferdeknechten usw. Da müssen wir, mit unserer gerühmten Intelligenz, uns freilich schämen, daß wir es im Durchschnitt noch nicht einmal zu der Entlohnung eines Pferdeknechtes gebracht haben.

Um hier Wandel zu schaffen, müßt ihr, Kollegen im Reiche, uns Euren Beistand leihen. Wenn es möglich ist, dann meldet Oberschlesien überhaupt! Wo dies nicht angängig ist, stellt wenigstens entsprechende Forderungen. Auch mit dem österreichischen Bruderverband werden wir unsere Angelegenheit zu regeln versuchen. Also nochmals, Kollegen: »In Polen, alias Oberschlesien, ist nichts zu holen.«

Ortsberichte.

Düsseldorf. In der Protestversammlung der von der Tabak-, Plakat- und Inseratensteuer betroffenen Berufe referierte Kollege Sillier. Er kennzeichnet treffend die Folgen der indirekten Besteuerung von Tabak, Plakaten und Inseraten. Vor allem würde die Arbeitslosigkeit noch ins Unerwartete gesteigert werden. Die Spitzfindigkeit der Regierung zeige sich daraus, daß die Plakatsteuer in den einzelnen Städten mit der Einwohnerzahl steigen solle, weil in Großstädten mehr auf Reklame geachtet werde. In der hauptsächlich von unseren Kollegen besuchten Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: »Die Versammlung der graphischen Berufe wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die geplanten Steuern, wie Inseraten-, Plakat- und Tabaksteuer, weil dieselben lediglich die Arbeiterklasse treffen würden und damit eine noch größere Arbeitslosigkeit die Folge ist. Die Versammlung erklart sich lediglich für eine progressive Einkommensteuer.« Mit einem Aufruf, fest zur Organisation zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Ortesheim. In der am 3. Januar stattgefundenen Versammlung wurde die bisherige Zahlstelle des Formstecherverbandes in eine allgemeine Mitgliedschaft des Verbandes der Lithographen, Steindruckers usw. umgewandelt. Der bisherige Zahlstellenvorsitzende gab zunächst das Rundschreiben des Zentralvorstandes der Formstecherorganisation und ein Schreiben der Filiale Darmstadt bekannt. Aus dem Vorstandsbericht ist hervorzuheben, daß in den Versammlungen des abgelaufenen Jahres nur 60 Prozent aller Kollegen anwesend waren. Um nun einen besseren Besuch herbeizuführen, wurden die Versammlungen auf jeden zweiten Samstag im Monat verlegt. Bei der Vorstandswahl wurde als Vorsitzender und Kartelldelegierter Kollege Ludwig Engel, als Kassierer Kollege Karl Schrader, gewählt. Sodann erfolgte eine andere Regelung der Erhebung des Beitrags. Der Lokalkassenbeitrag wurde solange aufgehoben, bis der Beitrag seine Normalhöhe von 1,20 Mk. erreicht hat. (?) — Alle Sendungen bitten wir an folgende Adresse zu richten: Ludwig Engel, Steindruckers, Lessingweg 65.

Lüstringen-Osnabrück. Zu der am 6. Januar abgehaltenen, von Formstechern einberufenen Versammlung waren auch die Lithographen aus Osnabrück und die Lüstringer Tapetendruckers eingeladen worden. Es wurde einstimmig beschlossen, eine Filiale des Verbandes der Lithographen und Steindruckers für Osnabrück-Lüstringen zu gründen. Als Vorsitzender und Schriftführer wurden Formstecher aus Lüstringen, als Kassierer ein Kollege der Lith. und Steindr. aus Osnabrück und zu Revisoren ein Tapetendruckers und ein Formstecher gewählt. Die Mitgliedschaft besteht aus 14 Kollegen, und zwar aus 3 Tapetendruckern, 5 Lithographen und Steindruckern und 6 Formstechern. Zum Schluß gab der Vorsitzende einen Rückblick auf den Zentralverein der Formstecher und drückte die Hoffnung aus, daß jeder Kollege sein Bestes zum Wohl der gemeinsamen Organisation tun möge. Mit einem Hoch auf den Verband der Lithographen und Steindruckers wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 6. Februar in Osnabrück, Restaurant Löwenpudel, statt.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnötter, Leipzig-N.

Zu dem Artikel: Es regt sich!

Wenn man in einem dunklen Winkel des Reichs sitzt, kann es schon vorkommen, daß man manche Linien nicht deutlich genug sieht. Darum freue ich mich, daß mir Kollege —ide— eine Lampe reichte, damit ich im bessern Lichte erkennen kann, daß ich mich in meinem Artikel *Die Letzten* geirrt habe in bezug auf die Betriebsform in der Kartographie. Bei diesem Lampenlicht sehe ich aber erst recht, daß die Arbeitsmethode in der Kartographie ein Grund mit ist, weshalb die Kartographen ihre Klassenlage nicht deutlich zu erkennen vermögen.

In einem modernen Fabrikbetriebe wirken die Verhältnisse klärend auf die arbeitenden Glieder. In den meisten Kartographien ist aber der moderne Fabrikbetrieb noch nicht scharf genug ausgeprägt. Darum sind unsere Kollegen im Kartographenlager noch rückständig. Vor allen Dingen müssen doch die Denkkorgane in Funktion gesetzt werden, wenn man seine Klassenlage erkennen will. Es wäre darum nötig, zu ergründen, woran es liegt, daß die meisten Kartographen ihre Denkkorgane nicht arbeiten lassen, um zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage zu gelangen. Liegt es an der diffizilen Arbeit in unserm Berufe, die den Kartographen das Gehirn zermüht und abstumpft, oder ist der Grund nur im Egoismus und in der Bequemlichkeit zu suchen?

Ich bin ganz der Meinung des Kollegen —ide—, daß sich zu diesem Thema noch recht viel Kartographen hören lassen mögen, ob organisiert oder nicht. Geschieht das, dann gelangen wir vielleicht doch an die Wurzeln einer so schlechten Pflanze, wie sie der Indifferentismus der Kartographen ist. Und dann reißen wir es heraus, dieses Unkraut!

Zur Beachtung für die Kartographen.

Wohl so manche reiselustige wie auch arbeitslose Kollegen haben schon die Absicht gehabt, bei der italienischen Firma *G. De Agostini & Co.* in Novara, früher in Rom, um Stellung anzufragen. In dieser Firma sind aber die Verhältnisse durchaus nicht einwandfrei. Ein starker Personalwechsel ist darum an der Tagesordnung. Um die reiselustigen Kollegen vor Enttäuschungen und vor Schaden zu bewahren, schildern nachstehend die in genannter Firma beschäftigten deutschen Kartographen die hiesigen Verhältnisse.

Zunächst die Stadt selbst. Novara ist eine kleine Provinzstadt. Gelegenheit zur Unterhaltung bietet sie nicht, es müßte denn sein, daß sich einmal

eine Theatergesellschaft nach hier verirrt. Aber auch dann fände der Fremde keine befriedigende Unterhaltung, da ja hier die Darbietungen einer Theatergesellschaft für den Sprachunkundigen unverständlich sind. Höchstens würde ihm durch die Musik ein Genuß geboten. Zu anregenden Spaziergängen bietet sich ebenfalls keine Gelegenheit. Novara liegt in einer der reizlosesten Gegenden Italiens; ringsum erstrecken sich weit ausgedehnte Reisfelder ohne jede Abwechslung. Und so bleibt einem nichts anderes übrig, als auf der Landstraße geradeaus zu gehen, was im Sommer wegen zu großer Hitze noch nicht einmal möglich ist. Es kommen dann noch Eisenbahnfahrten nach Mailand oder den oberitalienischen Seen usw. in Frage. Doch diese sind mit großen Geldkosten verknüpft. Die Lebensverhältnisse sind teurer als in Deutschland. Für Mittag- und Abendessen muß man in Pension 70 £ bezahlen; ein Zimmer kostet 20—30 £, ohne Kaffee. Ein solches ist obendrein noch sehr schwer zu finden.

Und dennoch fände sich mancher, der sich hier einzurichten verstünde, wenn auch nur für bestimmte Zeit. Aber im Geschäfte müßte erst manches anders werden.

Da haben wir hier einen allerseits beliebten Ober. Dieser Herr schleicht sich auf den Fußspitzen im Arbeitsraume umher. Vor ganz kurzer Zeit wies sogar der Portier, der ständig im Saale auf und ab ging, einen Kollegen an seinen Platz. Auf die Frage, wer ihm zu dieser Tätigkeit den Auftrag erteilt habe, antwortete er kurz und bündig: »Der Direktor!« So läßt sich nämlich der »Ober« titulieren. Wir wunderten uns aber nicht, daß der »Direktor«, als wir wegen dieser Affäre vorstellig wurden, kurzweg erklärte, es sei nicht wahr, daß er solchen Auftrag erteilt habe. Solche Ausflüchte sind wir gewöhnt! Einem Kollegen, der jüngst eine Stunde zu spät kam und es versäumte, sich zu entschuldigen, wurden ohne weiteres sechs Stunden abgezogen, angeblich deshalb, weil er so lange nicht gesehen worden sei. Dieser Abzug wurde gemacht, obwohl sich alle Kollegen bereit erklärten, zu bezeugen, daß der betreffende Kollege nicht länger als eine Stunde gefehlt habe. Schon paßt hierzu ein anderer Fall: Einem Kollegen wurden 40 Minuten abgezogen, weil er im Laufe des Monats diese Zeit zusammengerechnet zu spät gekommen sei. Auch eine Neuerung wurde eingeführt. An der Tür ist eine Glocke angebracht worden, die im ganzen Raum hörbar ist; es ertönt, so oft ein Zutrittskommender die Tür öffnet.

Ferner sind jetzt Kündigungen erfolgt mit der Motivierung, daß die Firma keine entsprechende Arbeit mehr für diese Kollegen habe. Die erste Kündigung erfolgte am 16. November. Diese erhielt ein Kollege, der schon acht Monate im Geschäft war. Am selben Tage wurde aber ein neuer eingestellt. Einem halben Monat später folgten zwei weitere Kündigungen; die davon Betroffenen waren 4¹/₂ Monate hier beschäftigt. Ein Kollege, dessen Kündigungsfrist am 31. Dezember abliefe, bat, man möge ihn am 23. entlassen, was auch zugestanden wurde. Sein Gehalt betrug für den halben Monat 87,50 £, das ergibt einen Tagelohn von 7 £ bei durchschnittlicher Berechnung des halben Monats zu 12¹/₂ Arbeitstagen. Da der Betreffende nun 7 volle Tage gearbeitet hatte, nahm jeder vernünftige Mensch an, daß er 7 Tage mal 7 £ erhalten würde. Doch es kam anders! Man sagte, dieser halbe Monat habe 13 Arbeitstage — in Wirklichkeit waren es nur 12 — folglich habe der Kollege 6 Tage gefehlt. Das mache 6 x 7 = 42 £ von 87,50 bleiben 45,50 £. Die Einwendungen des Kollegen nützten nichts, ihm wurde einfach die Tür gewiesen. Des weiteren ist noch zu erwähnen, daß die Kollegen nicht gegen Krankheit versichert sind und daß jede Arbeitsverminderung abgezogen wird.

Es ist selbstverständlich, daß unter derartigen Verhältnissen ein Kollege nach dem andern abfährt. Wir haben in der Zeit vom Ende des Oktober bis Weihnachten acht Mann zur Bahn gebracht. Aber es sind doch verschiedene Kollegen längere Zeit dort gewesen, werden viele einwenden. Dies erklärt sich so: Wenn einer nach Italien gefahren ist, hat er gewöhnlich kein Geld mehr; er ist darum gezwungen, erst wieder längere Zeit zu sparen, ehe er die Rückreise antreten kann. Und dann: Wer gibt ihm gleich eine andre Stellung? Es ist kein Vermögen, das Geld für eine große Reise auszugeben und dann stellunglos zu hause zu sitzen. Aber trotz alledem fahren die meisten ohne Aussicht auf andre Stellung ab.

Mögen darum die Kollegen diese Schilderung beherzigen!

Die photomech.Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Die Gefahren der Bleivergiftung in der Positivretusche.

Der Aufschwung des chemigraphischen Gewerbes, insbesondere aber die Ausgestaltung der Positivretusche sowohl in der Chemigraphie als auch im Lichtdruck hat, wie die Krankenlisten ziffermäßig

nachweisen, für unsern Verband eine sehr unangenehme Ueberraschung gebracht: nämlich das ungemein häufige Auftreten der Bleikrankheit.

Wenn wir auch schon vor dem Aufschwung der Positivretusche einzelne Fälle von Bleikrankheit zu verzeichnen hatten, so betrafen diese größtenteils Steindruckers, welche sehr viel mit bleihaltigen Farben, z. B. Puderfarben, zu tun hatten. Doch fielen diese Fälle in Anbetracht der großen Masse der Berufsangehörigen nicht weiter auf, so daß man von einer Berufskrankheit im vollsten Sinne des Wortes kaum reden konnte. Anders liegt es aber bei den Retuscheuren. Die verhältnismäßig geringe Anzahl von Berufstätigen — laut letztem Tarifbericht sind in Deutschland 286 männliche und 10 weibliche Positivretuscheure beschäftigt — stellt eine so große Anzahl Bleikranker, daß ein offenes Mahnwort an alle diejenigen, welche eventuell der Gefahr der Bleikrankheit ausgesetzt sind, eine dringende Notwendigkeit ist.

Die Bleikrankheit ist eine der gefährlichsten Berufskrankheiten, und ich glaube nicht zu übertrieben, wenn ich sie gleich hinter der Lungenschwindsucht rangieren lasse. Das gefährlichste an ihr ist, daß die meisten von ihr Befallenen bei Ausbruch der Krankheit keine Ahnung davon haben, wie es mit ihnen steht, und beim Einsetzen ärztlicher Hilfe ist die günstigste Gelegenheit zu einer erfolgreichen Heilung gewöhnlich schon verpaßt worden. Der Lungen- oder Magenkranke usw. erkennt die Erkrankung; der Schmerz verrät ihm, was ihm fehlt. Anders liegt es aber beim Bleikranken, bei dem häufig selbst der Arzt nicht sofort die Bleivergiftung erkennt. Erst eine genaue Untersuchung nicht nur des Körpers, sondern auch der Lebensweise, der Berufstätigkeit usw. lassen auf Bleikrankheit schließen. Bei solchen Berufen nun, von denen das häufige Auftreten von Bleikrankheiten bekannt ist, wie bei den Schriftsetzern, Malern, Notenstechern, Schriftdruckern usw. vermutet der Arzt leicht im Erkrankungsfall eine Bleikrankheit. Viel schwieriger liegt aber der Fall gegenwärtig noch bei einem Lithographen oder Retuscheur, der vielleicht im Ortskrankenkasseebuch noch als Zeichner oder Photograph verzeichnet ist. Der Beruf des Retuscheurs ist noch nicht in bezug auf Bleivergiftung als gefährlich verzeichnet, trotzdem er es tatsächlich im allerhöchsten Maße ist, was meine späteren Ausführungen zur Genüge beweisen werden.

Zunächst will ich einiges über das Wesen der Bleivergiftung mitteilen. Das Blei gehört zu den schlimmsten und heimtückischsten Giften, die wir kennen. Es erzeugt die mannigfaltigsten Störungen, die leider noch oftmals dunkel und unerkannt bleiben. Die durch Blei hervorgerufenen Erkrankungen sind weit mehr chronischer (lange dauernder) als akuter (schnell vorübergehender) Natur und führen nicht selten in ihrem Verlauf zu vollständigem Siechtum und zur Invalidität. Darum wird auch von seiten der Landesversicherungen der Bleikrankheit die größte Aufmerksamkeit gewidmet, in den Heilstätten werden jahraus jahrein eine große Anzahl Bleikranker untergebracht, und zwar zum Teil mit gutem Erfolg. Worin äußert sich nun die Bleikrankheit? Die akute Bleikrankheit oder Bleivergiftung kommt dank der scharfen Handhabung des Reichsgesetzes über die Bleielieferungen nur noch sehr selten vor, weshalb über diese kein Wort verloren zu werden braucht, und zwar um so weniger, als in unserem Beruf nur die chronische Bleivergiftung als Berufskrankheit auftritt. Die Hauptmerkmale der chronischen Bleivergiftung sind: die Entfärbung des Zahnfleisches, das schleierartig erscheint und einen bläulichen Saum um die zahnfarbigen (bräunlichen oder schwärzlichen) Zähne bildet, ferner Kolik (heftig ziehende Schmerzen im Unterleib, und zwar in der Nabelgegend), Gliederschmerzen, Lähmungen, Zittern der Hände, schlechter Stuhlgang, ziehende Schmerzen nach dem Stuhlgang in den Gedärmen, Appetitlosigkeit, schlechter Schlaf, süßlicher Geschmack im Munde, Lockerwerden der Zähne und eventl. Ausfallen derselben.

Die Gliederschmerzen oder das Reifeln der Bleikranken besteht in lebhaften, periodisch (besonders des Nachts) auftretenden Schmerzen der verschiedenen Glieder, hauptsächlich der Waden. Bleilähmungen, welche entweder nach und nach unter Schmerzgefühl, Müdigkeit, Unbehilflichkeit mit leisem Zittern der Glieder oder plötzlich mit der Bleikolik eintreten, betreffen ebensowohl die Empfindung wie Bewegung und gehen allmählich in Schwund des betreffenden Gliedes über. Alle diese Merkmale setzen nun nicht eine unbedingte Regel in den Krankheitserscheinungen voraus. Wiewohl der sogenannte Bleirand der Zähne ein sehr sicheres Erkennungszeichen der Bleikrankheit ist, so gibt es doch sehr viele und sehr schwere Bleikranke, bei welchen diese Krankheitserscheinung nie wahrzunehmen war.

Mittel und Wege zur Heilung der Bleikrankheit hier zu geben, kann nicht meine Aufgabe sein. Das ist Sache der Aerzte. Dagegen möchte ich die Kollegen auf die Gefahren der Bleikrankheit aufmerksam machen und Mittel und Wege zu deren Verhütung mitteilen, und zwar vom Standpunkt eines Laien aus, welcher in medizinischen Fragen nicht ganz unbewandert ist, und der sich selbst schon jahrelang in Behandlung wegen Bleikrankheit befindet.

*) Siehe hierüber: Bock, Das Buch vom gesunden und kranken Menschen.

Zu diesem Zwecke sei zunächst über die Entstehung der Bleikrankheit einige Klarheit geschaffen. Die akute Bleikrankheit kann dadurch entstehen, daß man Speisen und Getränke mit bleihaltigen Gefäßen zusammenbringt. Wenn man z. B. saure Speisen in glasierten Töpfen, deren Glasur zu viel Blei enthält, kocht, so entstehen essig- oder milchsaure Bleisalze, durch die man sich eine akute Bleivergiftung zuziehen kann. Derselben Gefahr ist man ausgesetzt durch den Genuß von Nahrungsmitteln, Zuckersachen und dergl., die mit bleihaltigen Farben gefärbt sind, durch Schnupf- und Kautabak, der in bleihaltiges Staniol verpackt ist, durch Bier und Wein, falls die Flaschen mit Bleischrot gespült wurden, von dem in den Flaschen Reste zurückblieben, oder falls man aus Biergläsern trinkt, deren Deckel starken Zusatz von Blei zum Zinn aufweisen. Erfreulicherweise ist, wie erwähnt, die akute Bleivergiftung sehr zurückgegangen, dank der reichsgesetzlichen Verordnung, welche jeden Fabrikanten von Genuß- und Bedarfsartikeln, der das Leben seiner Mitmenschen durch Verwendung von Blei und bleihaltigen Substanzen gefährdet, mit empfindlichen Strafen bedroht.

Bedeutend anders liegt es natürlich bei der chronischen Bleivergiftung. Sie ist fast ausnahmslos Berufskrankheit, obgleich nicht ausgeschlossen ist, daß sich jemand durch ständigen Genuß bleihaltiger Speisen usw. eine chronische Bleivergiftung zuziehen kann. Die chronische Bleivergiftung entsteht in allen Fällen durch das Eindringen staub- oder gasförmiger Bleibestandteile in den Körper, so z. B. bei den Schriftsetzern und Notenstechern durch den bei der Abnutzung der Schriftmatrizen und Platten erzeugten Bleistaub, bei den Schriftgießern und Bleihöfenarbeitern durch Einatmung bleihaltiger Dämpfe und bei den Malern und Retuscheuren durch das Eindringen von bleihaltigen Farbenteilen in Lunge und Magen, eventl. auch die Haut. Auch hier existieren seit längerer Zeit reichsgesetzliche Vorschriften zur Verhütung der Bleikrankheit, hauptsächlich für Buchdruckereien.

Sehr zu empfehlen wäre es jedenfalls, wenn diese Vorschriften auch auf die Arbeitsstätten der Retuscheure im vollsten Umfange ausgedehnt würden. Denn die Gefahr der Bleivergiftung liegt hier bedeutend näher als bei den Schriftsetzern und den anderen Gewerben, nur ist der Beruf nach dieser Seite hin nicht so sehr bekannt. Noch hat niemand die gesundheitsschädlichen Verhältnisse in der Retusche ans Tageslicht gebracht. Dieses hat einestheils seinen Grund darin, daß der Beruf in seiner ganzen Zusammensetzung noch zu jung ist, daß also noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt wurden, andernteils aber geht die kleine Anzahl der Berufangehörigen zu sehr in der großen Masse des Gesamtmitgliederbestandes unter. Wie weit aber die Bleikrankheit unter den Retuscheuren schon verbreitet ist, will ich an einem Beispiel erläutern. In einer Leipziger Firma (Filiale) sind 5 Retuscheure beschäftigt, von denen 4 bleikrank sind. Zwei waren schon in Heilanstalten, einer steht seit längerer Zeit in ärztlicher Behandlung, und der vierte hat vor 2 Jahren fast ein Vierteljahr krank darnieder gelegen, und es ist noch nicht abzusehen, ob sich nicht nach kürzerer oder längerer Zeit die Krankheit wieder bemerkbar macht. Mag vielleicht dieses Zusammentreffen etwas auf Zufall beruhen, jedenfalls gibt dieser Fall, selbst als Ausnahmefall betrachtet, zu denken.

Die am meisten verwendete Farbe in der Retusche ist unstreitig das Deckweiß. Es gelangt teils als reines Bleiweiß, teils als Mischung von Blei- und Zinkweiß, teils auch als reines Zinkweiß zur Verarbeitung. Doch wird stets das Weiß vorgezogen, welches die höchste Deckkraft besitzt, und dieses ist unstreitig das Bleiweiß. Man hat bis jetzt sehr wenig nach der Gefährlichkeit dieser Farbe gefragt, weshalb zahlreiche Anstalten fast ausschließlich Bleiweiß verwenden. Erst die Erkrankung dieses oder jenes Gehilfen läßt die Gefahr erkennen, und man versucht, sich mit einem anderen Weiß einzurichten. Einen großen Teil seiner Arbeit erledigt ein Positivretuscheur, der auf der Höhe der Zeit steht, mit dem Spritzapparat. Gerade diese Tätigkeit ist eigentlich für seine Gesundheit die gefährlichste. Er füllt den Spritzapparat mit Farbe, welche zum weitaus größten Teil aus Deckweiß besteht, und zerstäubt diese Farbe in ganz feine Teile, die sich teilweise der Luft mitteilen und durch diese entweder durch das Einatmen oder durch den Speichel in den Körper gelangen, wo sie langsam aber sicher ihr Zerstörungswerk beginnen. Wohl kommt es vor, daß Retuscheure jahrelang mit Bleifarben umgehen und kerngesund dabei bleiben; es gibt eben viele Menschen, welche zur Bleikrankheit nicht disponiert sind, während wieder andere sich die gefährlichsten Oesundheitsstörungen zuziehen. Aber nicht allein beim Spritzen, auch beim sonstigen Verarbeiten, beim Malen usw. gelangen Farbeteilen in staubförmigem Zustand in den Körper. Das läßt sich einmal nicht umgehen, der Beruf bringt es so mit sich.

Um aber das Unvermeidliche möglichst auf ein Minimum herabzudrücken, ist von seiten der Retuscheure größte Vorsicht nötig, die darin besteht, daß 1. alle bleihaltigen Farben soweit als möglich vermieden werden; 2. die Arbeitsräume, speziell der Spritzraum, gut gelüftet und durchaus sauber gehalten werden, damit nicht auf Tischen usw. befindliche Farben-

reste durch die beim Arbeiten entstehenden Bewegungen und Reibungen Staubform erhalten und auf diese Weise in den Körper gelangen; 3. die Hände oft und gründlich gewaschen werden, besonders vor jeder Mahlzeit, damit nicht durch die Speisen bleihaltige Farbeteilen in den Körper kommen;

4. der Körper kräftig erhalten wird durch eine geregelte Lebensweise, öfteres Baden, sorgsame Hautpflege, Beachtung eines geregelten Stuhl-ganges, kräftige zuträglichere Nahrung, Vermeidung aller schädlichen Genußmittel, wie Tabak und Alkohol, viel Bewegung in freier Luft, wenn möglich Berge steigen, damit ein reger Stoffwechsel erzielt und etwa in den Körper eingedrungene Bleiteilechen wieder ausgeschieden werden können.

Wer diese Vorsichtsmaßregeln befolgt, wird seinen Körper unter steter Kontrolle halten und sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen können, sobald sich Anzeichen von Bleivergiftung bemerkbar machen.

Die Gesamtkollegenschaft hat aber darauf zu achten, daß von seiten der Unternehmer auch Schutzmaßregeln gegen die Bleivergiftung eingeführt werden, und zwar durch Schaffung gut ventilierter, von den übrigen Arbeitsräumen getrennter Spritzräume, möglichste Beschränkung des Gebrauchs bleihaltiger Farben und öftere gründliche Reinigung der gesamten Arbeitsräume. Was Punkt 1 betrifft, so wird es Sache einer Wohlfahrtskommission sein, darüber zu wachen, ob die Arbeitsräume genügend Schutz gegen Bleivergiftung bieten. Ebenso hieße die Beobachtung von Punkt 3 dieser Kommission zu. Was Punkt 2 betrifft, so muß jeder Kollege selbst darüber wachen, welche Farben bleihaltig sind, und diese eventuell zurückweisen.

Als stark bleihaltige Deckweiße sind mir durch meine Praxis folgende, viel verwendete Farben bekannt geworden: Blanc d'argent von Paillard-Paris, bekannt unter dem Namen »französisches Weiß«; Kremser Weiß, Blanc de Kremnitz, Schmincke & Co., Düsseldorf; Cremser Weiß, Tempera Farbe, Neisch & Co., Dresden. Zu warnen ist vor allen Sorten Cremser Weiß; man beachte auf den Tuben den roten Giftstempel »Vorsicht!«. Von bunten Farben sind bleihaltig und daher möglichst zu vermeiden, da man sie ja auch durch andere Farben leicht ersetzen kann: Mennige, Pariser Rot, gebranntes Bleioxyd; Imitationszinnober, Blei- oder Chromoxyd; Chromgelb, Janne brillant, neutrales chromsaurer Bleioxyd; Neapelgelb, antimon-saures Bleioxyd; Seidengrün, Mischung von Miloriblaug und Chromgelb. Will man sich davon überzeugen, ob eine Farbe stark bleihaltig ist, behandle man sie mit Schwefelwasserstoff, wodurch eine Schwarzfärbung eintritt.

Mögen diese Zeilen eine gebührende Würdigung erfahren und möge jeder, ganz gleich ob Prinzipal oder Gehilfe, seinen Teil dazu beitragen, die Oesundheit seiner Mitarbeiter zu schonen und zu erhalten, auch auf den Fall hin, daß vielleicht einmal eine Arbeit ein kleines Weichen länger dauert. Denn die Gesundheit, und durch dieselbe die stete Arbeitskraft ist das einzige Gut des modernen Arbeiters, und diese zu schonen ist die höchste und heiligste Aufgabe aller. Oskar Schmertusch.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Portrait-Photographen.
Zentralarbeitsnachweis: With. Hähnel, Berlin N. 20,
Anklamstr. 27, I. — Telefon Amt III, 5246.

Ueber Engagements nach dem Balkan.

Aus Bukarest wird uns unterm 27. Dezember 1908 geschrieben: »Schon wieder haben wir die traurige Pflicht, unsere Kollegen im Reiche vor Zuzug nach Rumänien zu warnen. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Ein Herr Klingsberg in der Firma Photographia »Julietta« sucht durch Annoncen in den Fachzeitschriften tüchtige Operateure zu hohem Gehalt, welchen er dann brieflich alles mögliche verspricht, auch eventuell Kontrakte macht. (Hierzu haben Kontrakte keine Gültigkeit.) Trifft der Betreffende dann hier ein, so wird er durch ordinäre Behandlung und alle erdenklichen Schikanen derartig in die Enge getrieben, daß er sich schließlich mit allem zufrieden gibt. Meistens treffen die Kollegen ohne genügende Barmittel hier ein, sind natürlich der Landessprache nicht mächtig und kennen noch weniger unsere türkischen oder besser besagt, asiatischen Rechtszustände.

Das Recht des Arbeiters ist hier nämlich ein noch unbekannter Begriff, und die ausländischen Konsulate, bekannt mit den traurigen Rechtsverhältnissen unseres Landes, sind meistens nicht in der Lage, den Betrogenen zu helfen.

Ein Engagement mit einem ausländischen Kollegen spielt sich etwa folgendermaßen ab:

Eine große Annonce in den Fachblättern — darauf Briefwechsel. — Der Kollege bekommt einen, auf das eleganteste Brieffpapier geschriebenen Engagementsbrief mit den großzügigsten Versprechungen. Kein Wunder, wenn der Engagierte sich mit Vergnügen zu einer 12—1600 Kilometer langen Reise

entschließt, mit den festen Vorstellungen, einer großen fremden Stadt und in der Aussicht auf einen feinen Posten in einem erstklassigen Geschäft. — Der Mann kommt hier an; unbekannt mit Sitten und Sprache findet er eine schmutzige türkische Stadt, die, abgesehen von einigen Palästen, aus elenden Hütten besteht mit traurigen, verseuchten Wohnungen mit ungeheuren Mietpreisen. Dann kommt er in das Atelier ersten Ranges (bei uns ist nämlich alles ersten Ranges) und findet eine elende Bude traurigsten Stiles. Die Arbeit beginnt. Der Mann kann sich mit den Kunden natürlich nicht verständigen und kennt deren Geschmack nicht. Kein Wunder, wenn es am ersten Tage nicht klappt. Der Chef kennt das; er ist übrigens in vielen Fällen kein Fachmann, sondern ein auf Schwindel spekulierender Händler. Er fängt an zu schikanieren.

Der Chef ist stets mit Polizeikommissären usw. vertraut und kennt auch jemanden von irgend einem Ministerium, oder sogar einen Minister (diese Herren haben hier eine schier ungläubliche Macht!). Also beginnt die Treiberei. Der Arbeiter beschwert sich, der Chef läuft sofort auf die Polizei und gibt, falls er nicht genügend bekannt ist, den landesüblichen allmächtigen Bakschisch (Trinkgeld) mit dem Auftrage, den Menschen zu verfolgen — wegen Steuerangelegenheiten oder eines Aufenthaltscheines. Es gibt hierzulande so verschiedene schöne Sachen, durch die man einen Menschen, der sich mit der Sprache und den orientalischen Sitten nicht helfen kann und zumeist kein Geld hat, derartig in die Enge treibt, daß ihm alle Lust vergeht und er, wenn er nicht anders kann, auf Kosten des betreffenden Konsulates, das Land schnellstens wieder verläßt, ohne seinen Gehalt oder seine Reisespesen abgehoben zu haben.

Auf diese Weise gelingt es manchem Ledigen, wieder aus dem Sumpf herauszukommen. Aber der Chef sucht lieber Verheiratete zu gewinnen. Denn dann blüht sein Weizen.

Die Konsulate haben es sich abgewöhnt, Gratisreisen zu geben, und vertragen den Bittsteller meistens auf seine Bekannten oder auf bessere Zeiten. Dem Kollegen bleibt also nichts anderes übrig, als entweder auf die unmenschlichsten Bedingungen einzugehen, oder das Land per pedes zu verlassen — was sehr schwer möglich ist. So bleibt er eben und verkommt mit seiner Familie im Elend.

Es wäre über diesen Gegenstand ein Buch zu schreiben, betitelt: »Die Arbeitsverhältnisse auf dem Balkan.« Leider aber ist alles in die Luft gesprochen. Der Orient übt, wie es scheint, auf die Kollegen im Reiche eine derartig schier unüberwindliche Anziehungskraft aus, daß auf jeden Betrogenen immer 30—40 neue Offerten von frischen Kandidaten kommen, die sich betrügen lassen wollen, ungeachtet der wohlgemeinten Warnung! Es gibt wahrlich eine kolossale Anzahl von unerfahrenen jungen Leuten in Deutschland, die ohne jede Erkundigung, aus purer Reiselust, in die Welt hineinlaufen, dem Unglück und dem Hunger in die Arme, preisgebend dem Elende und den gewissenlosen Schwindlern, ohne jede Berechnung und Sicherheit!

Es wird uns nun aufgegeben, unsere Kollegen allerort vor Stellungnahme nach Bukarest zu warnen. Dieses rumänische Kulturbild harmonisiert wahrhaft sehr wenig mit der sonst so angepriesenen Kultur, die durch die jetzt dort herrschende Dynastie eingeführt sein soll. Es müßten sich die Kollegen aller Länder zusammenfinden, derartigen Gaunereien zu steuern. Aber auch alle sonst noch einigermaßen auf Berufsehre haltende Prinzipale müßten die Kollegen warnen. Es ist wieder ein Beweis, wie notwendig auch für uns eine Erweiterung des Einflusses auf ausländische Verhältnisse ist, nicht nur zu unserem, sondern auch zum Vorteil der ausländischen Kollegen selbst. Wir bitten die Warnung in allen Kollegenkreisen bekanntzugeben und ihnen über die wahren Bukarester Verhältnisse Aufklärung zuteil werden zu lassen. Auskunft über einzelne Firmen wird durch unseren Zentralarbeitsnachweis gern vermittelt.

Feuilleton.

Die Bildungsmöglichkeiten im Gegenwartsstaat.

III.

Eine treue Helferin bei der im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung irgend möglichen Niederhaltung der breiten Volksmassen in Unwissenheit und Dummheit ist den beizuhaltenden und herrschenden Klassen die Kirche. Kirche und Religion haben nur noch wenig miteinander gemein. Jemand kann mit der heutigen Staatskirche vollständig zerfallen oder von ihr in Acht und Bann getan, dabei aber doch tief religiös sein. Der greise, edle Tolstoj, Rußlands größter Dichter, liefert dafür ein Beispiel. Er ist ein Christ im schönsten Sinne des Wortes, ohne jedoch ein Glied der Kirche zu sein. Gerade weil er die idealen Lehren des Christentums nicht nur im Munde führte, sondern auch betätigte, gerade weil er von der Kirche nicht nur die Predigt der christlichen Ideen, sondern auch ihre Umsetzung in die Tat verlangte, wurde er ausgestoßen aus der

kirchlichen Gemeinschaft. Die Kirche will eben nicht sein eine Kirche der Elenden und Unterdrückten, sondern sie fühlt sich durchaus als eine Dienerin der herrschenden und besitzenden Klassen, denen sie, wie erwähnt, bei der Niederhaltung der Besitzlosen in Knechtseligkeit und händischer Demut eine bereitwillige und freiwillige Helferin ist.

Denn je ungebildeter und unaufgeklärter die Volksmassen sind, desto höher blüht ja auch der Weizen der Kirche. Der Wissende sieht klar. Er durchschaut ihr innerstes Wesen. Er erkennt dessen Ziespältigkeit, die Kluft, die die Worte und Taten der Kirche scheidet. Er sieht, daß die Lehren des großen Nazareners nur als Mittel zum Zweck der Festigung und Erhaltung der kirchlichen Herrschaft über die Geister und Gemüter benutzt werden. Die Kirche handelt also bei der Betätigung ihrer Bildungs- und Aufklärungsgegnerschaft nicht nur als Helferin der Besitzenden und Herrschenden, sondern auch in ihrem allereigensten Interesse. Ihre Herrschaft über die Geister und Gemüter hat ein Ende, sobald der Strahl der Aufklärung die Finsternis durchbricht, die jetzt noch ausgedehnte Volksmassen in ihren Banden hält. Deshalb sucht auch die Kirche ihren Einfluß auf die Schule mit allen Kräften zu halten und zu festigen. Sie sucht die Einrichtung, die der Aufklärung dienen sollte, ihren gegen die Aufklärung gerichteten Bestrebungen nutzbar zu machen.

Für die schöne Harmonie der Ziele der Besitzenden und Herrschenden und der Kirche nur ein Beispiel: Bei der Einweihung einer Dorfschule in Heiligensee bei Tegel, also unmittelbar vor den Toren Berlins, hielt vor einigen Jahren ein Pastor Baack, der natürlich gleichzeitig Ortsschulinspektor ist, eine Rede, in der er folgendes ausführte: *„Die Schule soll nicht für das irdische Leben, sondern für den Himmel vorbereiten. Ihr sollt daher in erster Linie in Religion unterrichtet werden. Vom Rechnen braucht ihr nur so viel zu lernen, um später einmal nicht mehr auszugeben, als ihr einnehmt. In die Geheimnisse der Schreibkunst braucht ihr nicht weiter einzudringen. Es genügt, wenn ihr einset, von den Eltern entfernt, ihnen Schreiben könnt: Mir geht es gut oder mir geht es schlecht. Religion ist und bleibt die Hauptsache! — Natürlich die Religion, wie sie dieser Geistliche versteht.*

Drahtischer als durch diesen Ausspruch kann wohl der Charakter der Kirche als einer freiwilligen Helferin der Besitzenden und Herrschenden, die bei dieser Hilfeleistung zur Niederhaltung der Volksaufklärung gleichzeitig ihre eigensten Interessen vertritt, kaum beleuchtet werden.

Natürlich wächst eine Hand die andere. Die parlamentarische Vertretung der Besitzenden ist nach Kräften bemüht, die Forderung der Kirche nach Erhaltung der geistigen Schulaufsicht, Ausdehnung des Religionsunterrichts und Festlegung der Konfessionsschule zu erfüllen. Alle bürgerlichen Parteien ziehen dabei an einem Strange, denn sie sind ja nur die Widerspiegelung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Abgesehen von geringen Abweichungen wird das Junkertum durch den Konservatismus, das industrielle Unternehmertum durch den Liberalismus repräsentiert. Und wenn die parlamentarischen Vertretungen dieser bürgerlichen Partischattierungen in der Gesetzgebung den Wünschen der Kirche Rechnung tragen, dann handeln sie gleichzeitig auch wieder im Sinne und im Interesse ihrer Mandatgeber, das sich eben mit dem der Kirche in Volksschulfragen durchaus deckt. Und das Zentrum, dem Glieder aller bürgerlichen Kreise und auch viele noch nicht zum Klassenbe-

wußtsein gelangte Arbeiter angehören, ist ja an und für sich eine kirchliche Partei, der schon dadurch der Weg in der Schulpolitik vorgezeichnet ist.

Aus dem einträchtigen Zusammenwirken aller dieser bürgerlichen Parteiververtretungen ging z. B. in Preußen das Schulunterhaltungsgesetz hervor, das nicht mit Unrecht als Schulverpflegungsgesetz bezeichnet wurde. Macht es doch die Konfessionsschule zur Regel, die Simultanschule, d. h. also die gemeinsame Schule für die Kinder verschiedener Konfessionen, zur Ausnahme. Daß dadurch schon in die Kinderherzen religiöser Fanatismus und konfessionelle Unduldsamkeit gegenüber den „Andersgläubigen“ gesät wird, die von christlicher Nächstenliebe himmelweit entfernt ist, kümmert diese Parteien rein gar nichts. Im Gegenteil! Durch diese praktische Betätigung des Worts „teile und herrsche“ werden die Volksmassen abgelenkt von der gemeinsamen Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen, werden sie gegeneinander gehetzt zu ihrem Verderben. Die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in freie und christliche Gewerkschaften, die Arbeitermittläufer in den bürgerlichen Parteien und ihre Ablenkung von der eigenen politischen Interessenvertretung sind das sichtbare Zeichen dieser Politik, die die Besitzlosen an der vollen Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Besitzenden hindert, durch die aber Junkern, Schlotbaronen und Pfaffen in gleicher Weise geholfen ist.

Daß die Regierungen über eine derartige Schulpolitik ihre segnenden Hände halten, versteht sich von selbst. Sie repräsentieren den Klassenstaat und müssen deshalb alle Gefahren für seine Weiterexistenz von ihm fernzuhalten suchen. Sie maßregeln daher alle diejenigen Volkserzieher, die durch eigene Denkarbeit zu einer mit den Ansichten und Anschauungen der Herrschenden nicht übereinstimmenden Ueberzeugung gelangten, die in letzter Zeit das badische Musterländle bewiesen hat.

Sie konservieren die aus früheren Zeiten übernommenen Schulzustände so lange als möglich, wofür das Land mit dem Ochsenkopf im Wappen, das Junkerparadies Mecklenburg, ein klassisches Beispiel bietet. Dort gilt für die sogenannte ritterschaftliche Schule der alterwürdige Lehrplan von 1821 im wesentlichen noch heute. Er besagt: *„Der Unterricht selbst ist elementarisch und darf nicht in ein maschinenmäßiges Getriebe ausarten. Er erstreckt sich außer dem Singen der üblichen Kirchenlieder im allgemeinen auf die religiöse, sittliche Ausbildung der Jugend durch den Elementarunterricht in der Religion, biblischen Geschichte und Moral, sowie auf die Ausbildung des Verstandes und Gedächtnisses für den Bedarf des praktischen Lebens auf dem Lande, mindestens für die Knaben, und auf Erlernung des Rechnens, besonders des Kopfrechnens.“* 1879 wurde dann der Schreibunterricht auch auf die Mädchen ausgedehnt.

Dem brüderlichen Hand in Hand arbeiten aller volksbildungsfeindlichen Faktoren entspringt auch der permanente Lehrermangel, der sich z. B. für Preußen durch folgende Zahlen offenbart: 1886 waren 460 oder 0,71 Prozent Lehrerstellen unbesetzt; bis 1906, also in 20 Jahren, stieg die Zahl auf die unerhörte Höhe von 3077 oder auf 3,05 Prozent! Da in den letzten zwei Jahren eine weitere ganz gewaltige Steigerung der unbesetzten Lehrerstellen eintrat, ist heute die Zahl und der Prozentsatz noch viel höher. Es kommt hinzu, daß viele besetzte Lehrstellen nicht durch Volkkräfte, sondern durch unfertige Seminaristen, verpfuschte Theologen oder Schulinvaliden ausgefüllt sind, daß

viele Schulen auf dem Lande nur ein- und zweiklassig sind, und daß 1 1/2 Millionen Kinder in überfüllten Klassen sitzen. Kamen doch nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1906 im Durchschnitt in Deutschland auf eine Lehrkraft 58 Schüler, in Schaumburg-Lippe sogar 85, in Lippe-Detmold 75, in der Provinz Posen 73, in Reuß ä. L. 70. Daß bei derartigen Schülermassen von einem rationellen Unterricht nicht die Rede sein kann, auch wenn der Lehrer den besten Willen und die Kraft dazu hätte, versteht sich von selbst. Aber das liegt ja auch nicht im Sinne der Herrschenden, denen mit den gegenwärtigen miserablen Schulzuständen am besten gedient ist.

Die Anatomie der Landschaft.

Die Anatomie der Landschaft, wenn ich mich so ausdrücken darf, ist für den Landschaftsmaler ebenso wichtig wie für den Figuristen die Anatomie des Menschen und des Tieres. So wie sich der Figurist mit dem rohen Knochenbau, mit den feineren Knochenbildungen und der Muskulatur des Menschen und des Tieres vertraut machen muß, so ist es eine unbedingte Notwendigkeit für den Landschaftsmaler, sich mit dem rohen Stamm, mit den Hauptästen, den Nebenästen und schließlich mit den feineren Zweigen, der Blattstellung und Blattform der Bäume und Sträucher zu befreunden und sie in den einzelnen Teilen aus innigste zu studieren. Der Stamm mit den Hauptästen ist das Skelett des Baumes, die Nebenäste und Aestchen sind seine Muskeln. Letztere geben dem Baum die Möglichkeit, sich zu bewegen, sich nach verschiedenen Seiten zu neigen.

Eine Weide, die sich vermöge ihrer leichten Zweige im Winde bewegt, wirkt eleganter und in der Linienform schöner als unbewegt. Auch eine vom Winde bewegte Pappel, deren tausende Blätter zitternd rauschen, deren Krone sich neigt und deren Aeste nach einer Seite hinstreben, wirkt auf den Menschen belebend und schön.

Um eine solche Bewegung studieren zu können, muß man die Anatomie des Stammes und der Aeste genau kennen. Nur dann, wenn man diese beherrscht, kann man empfinden, an welcher Stelle und wie weit der Baum die Möglichkeit besitzt, sich zu neigen.

Die Anordnung der Zweige an den Aesten und deren Anordnung am Hauptstamm bedingen die Grundform des belaubten Baumes, d. h., sie geben ihm auch die Form seiner Krone. Die Form der Krone charakterisiert die meisten Bäume und läßt ihre Art erkennen, so z. B. Eichen, Buchen, Linden, Akazien, Tannen usw.

Aus dieser Begründung der Notwendigkeit der Anatomie der Bäume ergibt sich die große Notwendigkeit für einen Landschaftler, auch im Winter die Studien nach der Natur ebenso intensiv zu betreiben wie im Sommer. Im Winter zeigt sich der Baum und Strauch in seiner nackten Form und will vom Maler genau so studiert und gezeichnet sein. Rasch ist der Winter vorbei, und das junge Grün zeigt sich an den Zweigen. Es wird immer üppiger und die belaubte Krone bedeckt dann wieder die schöne Form der Aeste, die Arme des Baumes. Im Herbst sehen wir die stämmigen Aeste der Eiche, die wie die Arme eines Riesen erscheinen und in der Faust noch ein paar welke Blätter halten.

Deshalb soll jeder Landschaftler auch diesen schönen Moment der Bäume wahrnehmen und die Wintertage ebensoviel dem Baumstudium widmen wie den Sommer. Nicht Sturm, Schnee und Kälte kann einen echten Landschaftler abhalten, soviel wie möglich in dem Heiligtum der Natur zu verweilen und die Bäume in ihrem nackten Reiz zu verehren und zu verehigen.

Otto Hildenbrand.

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Stellengesuche

Auto-Aetzer

(verheiratet) *spezial für Maschinen*, sucht sofort Stellung. Offerten an **Theo Bouwmeester, Leiden, Hoogracht 86 (Holland).**

Zum sofortigen Antritt gesucht, in dauernde Stellung

Positiv-Retuscheur,

1. Kraft, der auch im Zeichnen Vortreffliches leistet.

Kopist, der im Strichätzen gut bewandert ist, bei gutem Gehalt.

Stellenangebote

Gesucht auf ein technisches Bureau der Ostschweiz einen in Schrift auf Papier geübten, jüngeren

Lithographen

für dauerndes, angenehmes Engagement. Solche, welche in ähnlichen Stellungen bereits tätig waren, erhalten den Vorzug. Geff. Off. mit Schriftmuster u. Zeugnis-kopien sowie der Gehaltsanspr. an **Kägi & Grab, Konkordais-geometer, Arbon, Schweiz.**

Reprod.-Photograph,

durchaus selbständig u. sicher arbeitend in Nass u. Emulsion für Auto u. Strich.

Karl Kind jr., Bielefeld.

Mehrere tüchtige

Messingstecher

werden gesucht durch den Arbeitsnachweis des Zentral-Vereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter. [1,20] **C. Schubart, Berlin N., Badstr. 26.**

Verschiedenes

„Matt-Lack“.

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart-, und Blankwerden und Aufreißen der Abrücke, rinnen der Farbe, spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,- gegen Nachnahme.

F. Hanko, Maschinenmeister, **Hamburg 22, Berthastr. 13, 11.** Firma Gebrüder Arnold, vorm. Kunst-Instal Grimme & Hempel, schreibt: *„Der Ihnen seinerzeit zur Probe bestellte „Matt-Lack“ hat sich gut bewährt und bitten wir um weitere Lieferung von 5 Kilo.*

Wollen Sie Ihre prakt. Vortelleerweitern, so kaufen Sie sich den, für jeden Kollegen unentbehrlich.

praktisch, Umdrucker von Bernhard Enders. Druck u. Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Pr.inkl. Porto 80Pf.

Verbandsnachrichten

Steindr. Georg Etzold,

geb. 13. Juli 1871 in Dresden, Buch-No. 19508 oder die Vertrauensleute werden ersucht, mir die Adresse des Genannten mitzuteilen. **Otto Bauknecht, Köln-Sülz,** Schleideners-straße 4, 11. [1,20]